Freitag, 5. Oktober 1923. | **Einzelnummer 4000 Mark.** | 62. Jahrgang. Nr. 226.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 70000.—
in den Ausgabestellen 71000.—
durch Zeitungsboten 72000.—
am Postamt ..... 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 2000.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 2000.— p. M. Reklameteil 6500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Krise im Kabinett Stresemann.

Demission des Wirtschafts- und des Ernährungsministers.

Der Reichswirtschaftsminister v. Raumer und der Reichsernährungsminister Dr. Luther haben ihre Demission gegeben.

Fraktions- und Kabinettsberatungen in Berlin.

Aus den amtlichen Mitteilungen geht folgendes hervor:

Am Dienstag vormittag wurde eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler abgehalten, an der auch der Führer der Bayerischen Volkspartei teilnahm. Der Reichskanzler entwickelte die Grundzüge seiner im Reichstag zu haltenden Rede. Bei der großen Tragweite der auf außen- und innenpolitischem Gebiet zu fassenden Beschlüsse legten die Fraktionsführer Wert darauf, zunächst mit ihren Fraktionen zu beraten. Es wurde vereinbart, daß das Ergebnis dieser Beratungen bis zum Nachmittag dem Reichskanzler zur Kenntnis gebracht werde.

Dienstag abend 9½ Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch die Erklärungen der Fraktionen geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Beratung betraf insbesondere die Frage der Mehrleistung in der Wirtschaft, die das Kabinett auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durchzuführen gedenkt. Die Deutsche Volkspartei stellte in dieser Frage Forderungen, die die Sozialdemokratie anzunehmen zögerte. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder werden über die getroffenen Vereinbarungen ihrer Fraktion Bericht erstatten, die ihrerseits ihre Stellungnahme bis Mittwoch mittag dem Reichskanzler zur Kenntnis bringen wollte.

Die Forderungen der Volkspartei.

Die Beschlüsse der Deutschen Volkspartei sollen wie folgt formuliert sein:

1. Die Regierung muß Maßnahmen treffen, um die Friedens-Arbeitszeit und Arbeitsleistung wieder zu erringen.

2. Der Posten des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers muß so besetzt werden, daß die Durchführung dieses Programms sichergestellt ist. Beide Posten sollen möglichst miteinander vereint werden.

3. Der Posten des Ernährungsministers soll durch eine der Landwirtschaft nahestehende Persönlichkeit besetzt werden.

Die Entwickelung der politischen Lage.

(Berliner Bericht des „Pos. Tagebl.")

Zu der neuen Krise im Kabinett Stresemann schreibt uns unser Berliner Berichterstatter folgendes:

Der Reichskanzler Stresemann stand von Anfang seiner Regierung an vor außerordentlichen Schwierigkeiten, und zwar sowohl innen- wie außenpolitischer Natur. Der Kanzler soll jetzt selbst zu der Erkenntnis gekommen sein, daß er auf dem bisher beschrittenen Wege auf keine Weise zum Ziele gelangen werde.

Innenpolitisch ist es die furchtbare, sich täglich verschlimmernde Finanzlage des Reiches, die geradezu einer Katastrophe zutreibt, verbunden mit den Schwierigkeiten, die die Opposition dem Kanzler macht. **Außenpolitisch** die Unnachgiebigkeit Poincarés, der trotz aller deutschen Konzessionen eifrig bestrebt ist, eine wirkliche Einigung und eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen im besetzten Gebiet zu hintertreiben.

Weit mehr noch als die politische hat sich die **Finanzlage des Reiches** immer mehr **zur Katastrophe entwickelt.** Von französischer und belgischer Seite sind die durch die Berliner Botschaften angeknüpften Verhandlungen abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß die Regierungen es vorziehen, direkt mit den beteiligten Industrien im Ruhrgebiet zu verhandelt. Die wichtigste Tatsache ist in finanzpolitischer Hinsicht, **daß die Ruhrzahlungen fortgesetzt werden** müssen, und zwar noch auf Wochen hinaus, weil ein sofortiger Abbau nicht möglich ist. Es ist festgestellt, daß die **Verkehrsmittel des Reiches, Post und Eisenbahn, mit einem**

täglichen Defizit von 1000 Billionen

arbeiten. Dazu kommen die steigenden Erwerbslosen-Unkosten. Wenn sich die Regierung entschließt, den Treueid der Beamten für die Alliierten nicht zuzulassen, so muß sie die **Sorge für die 350 000 Ruhrbeamten** übernehmen und die weitere Unterstützung den Beamten gegenüber, die den Treueid nicht leisten. Dabei bleibt die Handelsbilanz weiter passiv. Der Export ist minimal, der Importbedarf sehr groß, namentlich für englische Steinkohle. Es wird hier eine Zahl von zwei Millionen Tonnen genannt. Die Eigenproduktion an Steinkohlen ist so gering, daß selbst von einem Teil der Sozialdemokratie der Achtstundentag als nicht mehr haltbar angesehen wird.

Die notgedrungene **Aufgabe des passiven Widerstandes** hat außenpolitisch nicht die geringsten Erleichterungen gebracht. Die letzte Rede Poincarés in Bar-le-Duc war voll übelwollen und zeigte nicht eine Spur von Entgegenkommen. Eine sehr gut über die Absichten Poincarés unterrichtete Persönlichkeit hat dem Pariser Vertreter der „D. A. Z." die Mitteilung gemacht, daß der französische Premier Deutschland gegenüber keine Schonung und Milde kennen werde und daß seine Bedingungen, die er vorläufig noch geheim halte, das äußerste an Härte darstellen. (Siehe Seite 3 dieses Blattes.) Anzeichen davon kann man schon in dem starken Aufleben der von Frankreich offenkundig geförderten rheinischen Separatistenbewegung und in der Forderung an die deutschen Eisenbahner, der französisch-belgischen Regie einen Treueid zu leisten, erblicken. Ein Eingehen auf diese Forderung würde geradezu die Kapitulation bedeuten.

Angesichts dieser ungeheuren Schwierigkeiten auf innerem wie äußerem Gebiete hat nun Stresemann ein

neues Regierungsprogramm

aufgestellt, das vor allem **für die Person des Ministerpräsidenten die Schaffung außerordentlicher Befugnisse** durch ein Ermächtigungsgesetz vorsieht. Dies Gesetz soll ihm die Berechtigung geben, **ohne Befragung des Parlaments** bedeutende **innenpolitische Reformen** durchzuführen, unter anderem die **Beseitigung des Achtstundentages** zugunsten der von der Wirtschaft geforderten **Mehrarbeit.**

Die sozialdemokratische Partei glaubt dieser Forderung des Kanzlers nicht nachgeben zu können und hat ihre Minister im Kabinett angewiesen, gegen diese Forderung Stellung zu nehmen. Bis heute (Mittwoch) mittag sollte sich, wie auch amtlich erklärt wird, die sozialdemokratische Partei endgültig entschieden haben, ob sie unter diesen Umständen weiter in der Koalition verbleiben will oder nicht. Sollte die Partei die Frage negativ beantworten, so würde der Kanzler die **Neubildung des Kabinetts unter**

Einbeziehung der Deutschnationalen

zu versuchen haben. Der Posten des Ernährungsministers käme vor allem für die Besetzung durch einen Deutschnationalen in Frage.

Reichskanzler Stresemann soll durch die Erfahrungen der letzten Woche zu der Überzeugung gelangt sein, daß die Aufrechterhaltung der „großen Koalition" mit der Sozialdemokratie weder außen- noch innenpolitisch einen besonderen Vorteil darstellt. Vielmehr glaubt Stresemann jetzt, wie versichert wird und auch aus seinem ganzen Verhalten hervorgeht, daß ein

Ruck nach rechts

am Platze ist und eine Koalition mit der Rechten eine Lösung der innenpolitischen Fragen erleichtern könne, außenpolitisch aber auch nicht schaden werde, da die neueste Entwicklung von neuem gezeigt hat, daß Frankreich auch bei der größten Nachgiebigkeit der deutschen Reichsregierung seine unversöhnliche Haltung nicht aufgibt. Eine Verschlechterung der außenpolitischen Situation mit Frankreich wäre also kaum zu erwarten.

Ob Stresemann aus eigener Initiative die Krise in Gang gebracht hat oder von dem rechten Flügel seiner Partei geschoben wurde, ist nicht ganz klar, aber schließlich auch nicht von großer Bedeutung. Jedenfalls hat in der **Deutschen Volkspartei** der rechte Flügel stark an Übergewicht gewonnen. Der Abg. Dr. Scholz, der Nachfolger Stresemanns in der Leitung der volksparteilichen Fraktion, hat schon vor einigen Tagen **mit den Deutschnationalen** Fühlung genommen, um mit ihnen eine Umgestaltung des Kabinetts vorzunehmen. Es wurde daran gedacht, die zwei sozialdemokratischen Reichsminister, den Finanzminister Hilferding und den Justizminister Radbruch, aus dem Kabinett auszuschiffen. Durch Einbeziehung deutschnationaler Minister sollte eine Koalition, die von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten reicht, oder, wenn die Sozialdemokraten nicht mitmachen, **eine rein bürgerliche Regierung** gebildet werden.

Das Zentrum verhielt sich zu dem Vorschlag einer Erweiterung des Kabinetts nach rechts nicht völlig ablehnend, erklärte aber, daß ihm vor allem das Verbleiben der Sozialdemokraten im Kabinett wichtig sei.

Die Demokraten erklärten überhaupt, daß sie mit den Deutschnationalen zusammen ein Kabinett nicht bilden würden.

Die Sozialdemokraten faßten den folgenden Beschluß: 1. Die Zurückziehung ihrer Mitglieder Hilferding und Radbruch abzulehnen; 2. den Eintritt deutschnationaler Minister in das Kabinett abzulehnen; 3. das Ermächtigungsgesetz, das besondere Vollmachten für die Regierung festsetzen soll, nur in finanzpolitischer Hinsicht zu bewilligen, es aber in wirtschafts- und sozialpolitischer Beziehung, also vor allem in der Frage der Arbeitszeit, abzulehnen.

Infolge der Unmöglichkeit, sich zu einigen, mußte die für Dienstag nachmittag angesetzte Reichstagssitzung ausfallen. Der Mittwoch vormittag war von Fraktionssitzungen der verschiedener Parteien ausgefüllt. Wie es scheint, hat sich die Kompromißstimmung sowohl in der Deutschen Volkspartei, als auch bei der Sozialdemokratie verstärkt. Ein Teil ihrer Vertreter will schließlich in eine praktische Beseitigung des Achtstundentages willigen, wenn nur das Prinzip nicht grundsätzlich aufgehoben wird. Ob es auf diesem Wege zu einer Einigung kommt, ist im Augenblick noch ungewiß.

(Weiteres über die Kabinettskrise und die Lage in Deutschland siehe Seite 3.)

Die Franzosen wollen Knechtung der deutschen Arbeiter.

In Düsseldorf empfing der Adjutant des Generals Degoutte eine Abordnung aller Berufsverbände des besetzten Gebietes. Die französischen Militärbehörden stellen den deutschen Arbeitern und Angestellten folgende Bedingungen:

1. Aufhebung des Gesetzes über die Betriebsräte.

2. Einführung des 10stündigen Arbeitstages, sowie der Akkordarbeit.

3. Die Arbeiter nehmen diejenige Arbeit auf, die ihnen zugewiesen wird, andernfalls werden sie entfernt.

4. Was die Eisenbahner anbetrifft, so gelten die bereits gegebenen Vorschriften (d. h. vor allem die Forderung des Treueides an die französische Eisenbahnregie).

Mit diesen unerhörten Forderungen, die geradezu auf eine Knechtung der deutschen Arbeiter hinauslaufen, wird von den Franzosen offen gezeigt, daß sie sich als Sklavenhalter gegenüber der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes fühlen. Die deutsche Sozialdemokratie wird einsehen, daß jedes weitere Streben nach Verständigung gefährlich ist und daß es jetzt auf eine geschlossene nationale Abwehr ankommt, wenn das Deutsche Reich und die Freiheit seiner Bewohner gerettet werden soll.

Die Rentengutsverträge.

Das Haager Gutachten vom 11. September, das an dieser Stelle schon wiederholt behandelt wurde, befaßt sich sehr eingehend auch mit den Rentengutsverträgen. Es stellt fest, daß die Verträge die Aufgabe hatten, den Ansiedlern ordnungsmäßiges zivilrechtliches Eigentum zu verschaffen. Es sei nicht zutreffend, daß der Staat das Recht gehabt habe, die Auflassung zu verweigern. Insbesondere habe er, soweit nach Abschluß des Vertrages der Käufer in den Besitz der Stelle gelangt sei, nicht mehr die Möglichkeit gehabt, den Ansiedler der Stelle zu entsetzen. Nach Auffassung des Gerichtshofes ist es klar, daß der Käufer schon vor der Auflassung des Grundstücks ein Recht auf das Grundstück hatte. Im ganzen genommen handele es sich bei diesen Rechten um Privatrechte, woran die Tatsache, daß die Ansiedlung politischen Motiven entsprungen sei, nichts zu ändern vermöge.

Zu der daraus sich ergebenden Frage, ob in diesen Rechtsverhältnissen eine Rechtsnachfolge des polnischen Staates stattfindet, sagt der Gerichtshof, es bestände keine Möglichkeit, **wohlerworbene Privatrechte einschließlich der vom Staate erworbenen zu annullieren. Zu solchen Rechten gehören auch die Rentengutsverträge. Ihre Annullation sei eine Verletzung des Artikels 7 des Minderheitenschutzvertrages.** Es sei ferner zu bestreiten, daß, wie die polnische Regierung behauptet, nach Artikel 256 des Friedensvertrages das Eigentum an den vormals preußischen Grundstücken lastenfrei auf den polnischen Staat übergegangen sei. Im Gutachten wird diese Entscheidung im Vergleich mit anderen Bestimmungen des Versailler Vertrages eingehend bewiesen.

Auf die Einwendungen des Rechtsvertreters der polnischen Regierung, daß es sich bei den Rentengutsverträgen um öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse handele, in die nach allgemeiner Auffassung eine Rechtsnachfolge nicht stattfände, bemerkt der Gerichtshof, **daß politische Motive den Verträgen noch nicht ihren zivilrechtlichen Charakter nähmen** und daß die Bestimmungen offenbar politischen Charakters, die sie enthielten, wirkungslos werden könnten, ohne dadurch die normale Anwendung der wesentlichen Bestimmungen der Verträge im geringsten zu berühren. Für wenig beachtlich hält der Gerichtshof ferner das polnische Argument, daß der Wert der Renten durch die Geldentwertung herabgesetzt sei. Darin unterschieden sich die Rentengutsverträge nicht im geringsten von anderen Rechtsverhältnissen. Eine Aufwertung der Renten durch die polnische Regierung dürfe nicht im Wege eines Spezialgesetzes nur zu Ungunsten der Rentengüter erfolgen.

Folgt somit aus allem, daß der polnische Staat in die Verpflichtung des preußischen, die Auflassung zu erteilen, eingetreten ist, so ergibt sich um so mehr, daß die vor dem 10. Januar 1920 vom preußischen Staate gegebenen Auflassungen volle Gültigkeit haben. Zusammenfassend sagt der Gerichtshof also, **daß die Auflassung nichts anderes ist, als die Erfüllnng eines Veräußerungsvertrages. Der Waffenstillstandsvertrag hat es der preußischen Regierung nicht untersagt, gewöhnliche Verwaltungsakte durchzuführen.**

In dem Gutachten wird auch die Frage der Umwandlung von Pachtverträgen in Rentengutsverträge berührt. Abgelehnt wird die polnische Behauptung, daß eine Umwandlung von vor dem 11. November 1918 abgeschlossenen Pachtverträgen in Rentengutsverträge unzulässig gewesen sei. Der Gerichtshof hält es für ungebührlich, die im Protokoll von Spa festgesetzten Beschränkungen der Verfügungsfreiheit auf diese Umwandlung von Verträgen anzuwenden. Durchaus abwegig sei die polnische These, daß sowohl die Umwandlung ungültig wie auch durch die Umwandlung die Pachtverträge hinfällig geworden seien. Ein ungültiger Rentengutsvertrag könne natürlich den Pachtvertrag nicht berühren. Tatsächlich seien aber die Pachtverträge durch rechtsgültige Rentengutsverträge aufgehoben und abgelöst worden.

Herr Kierski ist noch immer anderer Ansicht.

Unter den polnischen Stimmen, die sich gegen die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichts aussprechen, fehlt auch die wohlbekannte Stimme des Herrn Kierski nicht, der ja wohl in diesem Chorus als einer der Stimmführer angesehen werden kann. Er erklärt in einem Aufsatz im „Kurjer Warszawski" (Nr. 276: „Eine falsche Voraussetzung"), das Haager Gutachten sei etwas so Unerhörtes, daß er, als er es zuerst las, es für eine deutsche Mystifikation oder für den üblen Scherz eines Vertreters der nationalen Minderheiten gehalten habe. Ein schlimmeres Gutachten, meint Herr Kierski, hätte auch der schlimmste Hakatist nicht von sich geben können. Am unerhörtesten findet Herr K. die Feststellung des Haager Schiedsgerichtshofes, der Minderheitenschutzvertrag sei ein Instrument gegen die Entdeutschung. Er ist anderer Ansicht. Er vertritt die These, sowohl der Versailler Friedensvertrag als auch der Minderheitenschutzvertrag sprächen sich für die Entdeutschung aus. Eine solche Tendenz sieht er: 1. In den Bestimmungen über die Beschränkung der Zahl der in Polen lebenden Deutschen, die Anspruch auf die polnische Staats-

bürgerschaft haben. 2. In den Bestimmungen über die Beschränkung des deutschen Besitzstandes in Polen. Er schreibt:

„Die Tendenz, die Zahl der Deutschen zu beschränken, die Anspruch auf das polnische Staatsbürgerrecht hätten, geht vor allem aus Art. 91, Abs. 2 des Friedensvertrages hervor. Nach diesem Artikel sind alle Deutschen, die nicht vor dem 1. Januar 1908 im polnischen Gebiet lebten, bzw. ihre Nachkommen von der polnischen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen. Solche Deutsche können die polnische Staatsbürgerschaft nur mit besonderer Genehmigung der polnischen Regierung erwerben. Offenbar haben die meisten sie erwerben wollen, und das polnische „gute Herz“ verbietet eine Ablehnung. (? Schriftletg. des „Pos. Tagebl.“) Auf diese Weise vermehren wir selbst ohne jeden vernünftigen Grund die Zahl der Personen, die bereit sind, in Polen der „deutschen Sache“ zu dienen und bei jeder Gelegenheit sich als unterdrückte Minderheit unter die Flügel des Völkerbundes zu retten. — Der Minderheitenschutzvertrag enthält einen eben solchen Vorbehalt bezüglich der Gewährung des Staatsbürgerrechts an Deutsche, die nicht vor dem 1. Januar 1908 in Polen lebten. Ferner stellt er in Artikel 4 eine Beschränkung der Zahl der Deutschen auf, die infolge ihrer Geburt im polnischen Gebiet das Staatsbürgerrecht erwerben könnten. Schließlich verbietet er in Art. 5 Polen geradezu, der Ausführung der Option irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen.“

Zunächst soviel von Herrn Kierskis Gedankengängen. Das Geheimnis seiner Argumentation ist: Um die angebliche Entdeutschungstendenz des Versailler Vertrages zu beweisen, beginnt er gleich mit dem Absatz 2 des Artikels 91, der nichts weiter ist als eine Einschränkung der Hauptthese, die Absatz 1 dieses Artikels ausspricht.

Dieser Absatz 1 aber lautet:

„Die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz in den Polen zuerkannten Gebieten haben, erwerben ohne weiteres die polnische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.“

Es ist klar, daß, richtig gelesen, weder dieser Artikel, noch die von Herrn Kierski angeführten Artikel des Minderheitenschutzvertrages Äußerungen einer Entdeutschungstendenz sind. Ihr Zweck ist vielmehr der Schutz der in Betracht kommenden Personen und ihrer Familien vor einer willkürlichen Behandlung der Staatsangehörigkeitsfrage durch die beiden beteiligten Staaten, Polen und Deutschland, und wenn man schon eine Tendenz herauslesen will, so kann es nur diese sein: Schutz vor einer willkürlichen Vorenthaltung des polnischen Staatsbürgerrechts.

Das ist das, was der Jurist Kierski als Entdeutschungstendenz dieser Artikel hinstellen möchte.

Herr Kierski fährt fort:

„Was die Einschränkung des deutschen Besitzstandes in Polen betrifft, so sind am überzeugendsten die Bestimmungen der Artikel 92 und 297 des Friedensvertrages, die Polen das Recht geben, „das Vermögen, die Rechte und Interessen“ aller Privatpersonen, die bei Inkrafttreten des Vertrages, das heißt am 10. Januar 1920, deutsche Reichsangehörige sind, zu liquidieren. Die Formulierung „Vermögen, Rechte und Interessen“ ist so weit gefaßt, daß gerade sie uns die Möglichkeit gibt, alles zu liquidieren, was das Eigentum deutscher Staatsbürger bildet. Von uns allein hing es ab und hängt es zum Teil jetzt noch ab, ob wir von dem uns zustehenden Recht der Liquidierung in seinem vollen Umfang Gebrauch machen wollen oder nicht. Tun wir es nicht, dann werden wir die Schuld uns selbst zuschreiben müssen.“

Wie weit es richtig ist, daß der Artikel 92 des Friedensvertrages „am überzeugendsten“ für die Ansicht des Herrn Kierski von der Entdeutschungstendenz des ganzen Vertrages spricht, wird der Leser selbst beurteilen können, wenn er die in Betracht kommende Stelle dieses Artikels in ihrem Zusammenhang liest. Sie lautet:

„In allen deutschen Ländergebieten, die Kraft des vorliegenden Vertrages auf Polen übertragen und endgültig als Teil Polens anerkannt werden, darf die polnische Regierung das Vermögen, die Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger nur dann unter Anwendung von Artikel 297 liquidieren, wenn dies in Gemäßheit folgender Vorschriften geschieht: 1. Das Ergebnis der Liquidation ist direkt an den Berechtigten auszuzahlen. 2. Beweist der letztere vor dem in Teil X (wirtschaftliche Bedingungen, Sektion VI, des vorliegenden Vertrages vorgesehenen gemischten Schiedsgerichtshof oder vor einem von diesem Gerichtshof ernannten Schiedsrichter, daß die Bedingungen des Verkaufs oder die von der polnischen Regierung außerhalb ihrer allgemeinen Gesetzgebung ergriffenen Maßnahmen den Preis unberechtigterweise beeinträchtigt haben, so soll das Gericht oder der Schiedsrichter die Befugnis haben, dem Berechtigten einen von der polnischen Regierung zu zahlenden angemessenen Schadenersatz zuzubilligen.“

Liest man diese Stelle so, im Zusammenhang, dann klingt ihre Tonart zweifellos wesentlich anders, als Herr Kierski sie hören möchte. Es handelt sich um rein vermögensrechtliche Bestimmungen, die die Rechte und die Pflichten der polnischen Regierung gegenüber den deutschen Staatsangehörigen in Polen behandelt. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich: Wo ist hier auch nur die Spur einer Entdeutschungstendenz?

Aehnlicher Art ist die weitere Beweisführung des Juristen Kierski, der eine Entdeutschungstendenz sogar aus dem zweiten Absatz des Artikels 255 des Friedensvertrages herausliest, wo es heißt, daß Polen den Teil der deutschen Schuld, der aus Maßnahmen der deutschen und preußischen Regierung für die deutsche Ansiedelung Polens herrührt, nicht mitübernimmt. Auch hier wieder wird, wie in dem vorhin angeführten Beispiel, der Fehler gemacht, daß an die Stelle der Hauptthese die Einschränkung gesetzt wird, die als solche eben natürlich in einem bestimmten Punkt etwas anderes sagt als die Hauptthese, und daß dann diese Einschränkung als das für das Ganze Kennzeichnende hingestellt wird. Also eine unberechtigte Verallgemeinerung. Das ist ungefähr so, als wenn man aus dem Satz „Juristen muß man glauben, jedoch muß man gegenüber einigen von ihnen vorsichtig sein“ schließen wollte, daß man Juristen überhaupt nicht glauben darf.

Republik Polen.

Der Ministerrat

nahm in seiner Dienstagssitzung u. a. 18 Gesetzentwürfe des Außenministeriums an, die dem Sejm durch die vorige Regierung eingebracht worden waren und die Ratifizierung verschiedener internationaler Konventionen betreffen, ferner den Entwurf eines Pressegesetzes, den Antrag des Finanzministers auf Erhöhung der Akzise für gegorenen Wein, das Projekt der Novelle zum Mieterschutzgesetz und einen Gesetzentwurf, der die Änderung bzw. Ergänzung verschiedener Bestimmungen zum Schutz der Konstitution, der Aufsichtsbehörden und der Wappen der Republik betrifft.

Die wackelnden Ministersessel.

Der Vorsitzende des Auslandsausschusses des Sejm, der Volksparteiler Jan Dębski, erklärte, daß angesichts der empfindlichen Niederlagen, die Polen in der letzten Zeit auf dem Gebiete seiner Außenpolitik erlitten hätte, der Sejm in seiner demnächst beginnenden Tagung ungeachtet aller Parteiunterschiede eine einheitliche Stellung gegenüber der jetzigen Außenpolitik einnehmen wird. Im Zusammenhang mit der scharfen Kritik an der Politik des Herrn Seyda, die im Hauptvorstand der Volkspartei geübt wurde, wird diese Äußerung verstanden als Ankündigung eines demnächstigen erzwungenen Rücktritts des jetzigen Außenministers.

Auch der gegenwärtige Finanzminister wird von der polnischen Volkspartei scharf angegriffen. Es wird mit dem baldigen Rücktritt auch des Herrn Kucharski gerechnet.

Maßnahmen gegen den Beamtenstreik.

Das Präsidium des Ministerrats hat, dem „Kurjer Poranny“ zufolge, an sämtliche Behörden ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, in welchem die Behörden ersucht werden, alle Einzelheiten über die Stimmung der Beamten zu sammeln und dem Präsidium in dieser Angelegenheit unverzüglich Bericht zu erstatten. Das Rundschreiben wurde versandt auf Grund einer Entscheidung, die in der letzten Sitzung des Ministerrats gefaßt wurde. In dieser Sitzung debattierte man über die Eventualität eines Streiks der Beamten und Staatsangestellten.

Die Forderungen der Staatsbeamten.

Aus Warschau wird gemeldet: Am Montag fand eine Vollsitzung des Zentralausschusses der Staatsbeamten unter Teilnahme von Provinzvertretern statt. Es wurde beschlossen, eine Konferenz mit Abgeordneten aller Fraktionen zum Zweck der Erledigung der materiellen Forderungen der Staatsbeamten abzuhalten.

Die Ministerratsbeschlüsse über die Beamtenbesoldung lauten:

1. Am 1. Oktober erhalten die Zivilbeamten das Gehalt in der Höhe des am 1. September ausgezahlten Gehaltes mit einem Zuschlag von 62 Prozent. 2. An jedem Monatsersten erhalten die Beamten den Betrag des vorangegangenen Monats mit dem für die Zeit vom 15. des vorigen Monats an bis zum 15. des vergangenen Monats berechneten Zuwachs der Kosten der Lebenshaltung. 3. Wenn die Kosten der Lebenshaltung in der zweiten Hälfte des vergangenen Monats um mehr als 50 Prozent stiegen, sind am 15. des gegebenen Monats Zuschläge für den laufenden Monat zu zahlen, die nach dem Steigen der Lebenshaltungskosten in der zweiten Hälfte des Monats berechnet werden. 4. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, sich mit Vorräten für den Winter (Kohle, Holz und dergl.) zu versorgen, erhalten die Staatsbeamten eine einmalige außerordentliche Zuwendung in Höhe von 30 Prozent des am 1. September 1922 ausgezahlten Gehaltes unter der Bedingung, daß keinerlei Vorschüsse für den genannten Zweck gezahlt werden.

Kongreß der polnischen Sozialisten.

Vom 1. bis 4. November findet in Krakau der 19. Kongreß der polnischen sozialdemokratischen Partei statt. Das Beratungsprogramm umfaßt 10 Punkte, darunter allgemeine politische Situation, die auswärtige Politik und das Verhältnis der Partei zu den nationalen Minderheiten.

Beratungen mit den Vertretern des Regierungsblocks

hielten am Mittwoch abend der Ministerpräsident und einzelne Minister im Präsidium des Ministerrates ab. Die Beratungen dauerten drei Stunden. Sie betrafen allgemeine Angelegenheiten des Staates.

Finanzminister Kucharski

empfängt Privatinteressenten an Montagen, Mittwochen und Freitagen von 12 bis 2 Uhr.

Der Metropolit Dionysius beim Kultusminister.

Der Kultusminister empfing am Dienstag den Metropoliten Dionysius und hatte mit ihm eine längere Besprechung über Angelegenheiten der griechisch-orthodoxen Kirche.

General Żeligowski in Wilna.

Am 9. Oktober findet in Wilna die Jahresfeier des Einmarsches der Żeligowskitruppen statt. General Żeligowski wird an dieser Feier persönlich teilnehmen.

Verurteilung von Kommunisten.

In Lemberg wurden nach dreitägiger Gerichtsverhandlung sieben Kommunisten zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, zwei zu zwei Jahren Besserungsanstalt. Fünf wurden freigesprochen.

Einigung in der Bergwerksindustrie.

Über die Löhne im Dąbrowoer und Chrzanowoer Bergwerksgebiet ist in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober eine Einigung erzielt worden. Die Frage der Löhne in Oberschlesien wird durch einen Schiedsrichter des Ministeriums für Handel und Industrie entschieden.

Eine Verordnung über die Mahlgebühren.

Der Innenminister sandte an alle Wojewoden eine Verordnung über die Notwendigkeit einer Prüfung der von den Mühlen erhobenen Vermahlungsgebühren. Die von den Genossenschaften und Kommunalorganisationen vorgeschlagene Mahlgebühr beträgt 26,5 Prozent des Getreidepreises loko Verladestation. Übertrieben hohe Forderungen der Mühlen sollen zur Anzeige gebracht und auf Grundlage des Gesetzes zur Bekämpfung des Wuchers bestraft werden.

Die Angriffe der Okazisten gegen katholische Geistliche deutscher Nationalität

Eine Antwort auf die Vorwürfe, die in den letzten Wochen gegen die katholischen Geistlichen deutscher Nationalität auf den OKZ-Versammlungen und in den polnischen Zeitungen erhoben wurden, geht uns aus den Kreisen der angegriffenen Geistlichen zu. Der Einsender schreibt:

„Christus hat alle Menschen geliebt, nicht bloß ein Volk. Nach dem Beispiele Christi haben wir von unserer Hirtenliebe nie irgend einen ausgeschlossen.

Christus hat gelehrt, daß die Nächstenliebe sich auf alle ohne Unterschied erstrecken muß, ähnlich der Sonne, die allen das Licht spendet. Wer deshalb bloß seine Nation in Liebe umfassen, die übrigen aber herabwürdigen, schädigen, bedrängen wollte, deshalb, weil sie nicht mit ihm ein und dieselbe Herkunft, ein und dieselbe Sprache haben, — der würde den ersten christlichen Grundsatz mit Füßen treten und damit die Lehre Christi verleugnen, der keinen Unterschied kannte zwischen „groß und klein“, „zwischen Römern oder Barbaren, Juden oder Heiden“. An diese Lehre Christi uns haltend, waren wir uns stets bewußt, daß die heiligen und teuren Gefühle der Liebe zur

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(10. Fortsetzung.)

„Nur, Fräulein Johanna. Wir müssen eben die drei oder vier Wochen ausharren. Schade, daß der ‚Porfirio Diaz‘ als Lastdampfer keine drahtlose Telegraphie hat, so können wir ihn nicht anrufen. Sobald Herr Bruhns in Buenos Aires ankommt, wird es ihm ein leichtes sein, den ungeheuerlichen Verdacht zu entkräften.“

Johanna drehte ihr Gesicht ihm zu.

„Swendholm, Sie sind unser Freund!“

„Ich glaube, ich habe es in einem Menschenalter bewiesen.“

„Auf uns beiden, Swendholm, ruht jetzt der Name unseres Hauses. In unserer Hand liegt das Geschick unseres unglücklichen Vaters. Ich bin nur ein Mädchen, ich habe wenig Menschenkenntnis, aber ich glaube, Ihnen darf ich trauen, als seien Sie nicht ein Angestellter unseres Hauses, sondern als gehörten Sie zu uns mit Blut und Seele.“

„Ich danke Ihnen für dieses Wort, Fräulein Johanna, und was ich jetzt sage, soll ein Gelübde sein, an das Sie mich erinnern können zu jeder Stunde. Ich will nicht ruhen, bis ich die Unschuld Ihres Vaters bewiesen habe.“

Sie heftete den Blick starr auf ihn, und jetzt lagen unendliche Trauer und auch etwas wie wehmütiges Mitleid in ihrer bebenden Stimme.

„Armer, alter Herr Swendholm, ich fürchte, dann werden Sie nie mehr ruhen können.“

Swendholm sprang auf.

„Was wollen Sie sagen?“

Ganz leise kam die Antwort.

„Ich fürchte, mein armer Vater hat es getan.“

„Nein, Fräulein Johanna, nein!“

„Erinnern Sie sich noch jener Zeit? Ach, ich weiß es nur zu genau. Es war ja wenige Tage vor meiner Einsegnung. Silvio und ich, wir sollten zusammen im Dom vor den Altar treten. Schon damals, obgleich wir noch Kinder waren —“

Sie mußte einen Augenblick schweigen, denn jetzt war es, als wollten aufsteigende Tränen ihre Stimme ersticken, aber sie warf den Kopf zurück und sagte fast hart:

„Das gehört nicht hierher. Ich wollte vom Vater sprechen. Damals kam Onkel Dieter zu uns. Sie wissen, er war lange im Auftrag der Firma im Ausland gewesen. Ich erinnere mich. Vater war ja so leicht jähzornig. Ich weiß, wenn Briefe kamen, aus denen er ersah, daß Onkel Dieter, der immer Leichtlebige, die Interessen der Firma nicht wahrgenommen hatte, sondern draußen seinen Vergnügungen und fröhlichen Jagden nachgegangen war, bekam er Wutanfälle. Ich weiß. Ich habe oft in meinem Mädchenstübchen hören müssen, wenn er der Mutter gegenüber seinem Zorne die Zügel schießen ließ. Ich weiß, wie Mutter ihn dann beschwor, wie sie sich vor dem Wiedersehen der Brüder ängstigte. Und dann der 24. August! Zuerst am Vormittag. Bleich vor Zorn kam Vater herauf. Fast hätte er in jener Stunde unseren Hausrat zerschlagen in blinder Wut. Onkel Dieter hatte zu seinen Vorwürfen gelacht und obendrein eine große Summe gefordert.“

„Ich schlage ihn nieder! Ich schieße ihn tot! Ich kenne mich nicht mehr! Er ist kein Bruhns! Er ist ein leichtsinniger Lump!, der es nicht wert ist, unseren Namen zu tragen!“ rief er zornig aus.

„Am Nachmittag kam der Onkel noch einmal. Mutter sah ihn vom Fenster aus kommen. Sie wollte ihn hindern — ihn anrufen —; es war zu spät. Ehe sie, die damals schon kränklich war, die Treppe hinabkam, war er im Kontor; ich kam eben aus dem Unterricht und fand Mutter ohnmächtig auf der Treppe und dann — plötzlich wurde die Tür aufgerissen. Vater kam herein, totenbleich, stürzte in sein Schlafzimmer, schloß den Tresor auf und stürzte wieder hinaus, einen Schlüssel in der Hand. Ich kannte ihn wohl, er hatte ihn mir manchmal gezeigt, es war der Schlüssel zum Hansakerker.“

Johanna schwieg; Swendholm glaubte zu träumen.

„Furchtbar! Furchtbar!“.

„Und dann — es mochte wieder eine Stunde vergangen sein, oder es können auch zwei gewesen sein, da ging unten die Tür, und der Vater kam aus dem Hause. Es war etwa acht Uhr des Abends. Er sah sich um, dann ging er dem Markte zu. Mutter hatte die ganze Zeit über am Fenster gesessen. Sie hat den Stuhl dort im Erker nicht eine Sekunde verlassen, jetzt atmete sie auf.

„Gott sei Dank, das Gespräch ist zu Ende!“

Aber sie schaute noch immer hinaus.

„Wo nur Onkel Dieter bleibt? Papa ist allein aus dem Hause gekommen. Geh doch einmal in das Kontor und sieh, ob er noch unten ist, bring ihn herauf.“

Ich weiß nicht, mir war unheimlich zu Mut, als ich hinunterging; sonst bin ich nie furchtsam gewesen. Das Kontor war um 5 Uhr geschlossen, also niemand als Onkel und Vater unten gewesen. Das Privatzimmer war unordentlich. Ein Stuhl lag am Boden und darauf hingeworfen Vaters Hausjacke. Der Onkel war nicht da.

Ich brachte die Jacke mit herauf, und wir wunderten uns — Herr Swendholm — sie war schmutzig. Kellerstaub, Spinnweben hingen daran und — frischer Mörtel.“

Sie schwieg. Swendholm atmete kaum. Nur die alte Wanduhr tickte gleichmäßig, wie sie es schon getan, als sie vor Jahrhunderten der Nürnberger Meister fügte. Nach stummer Pause fragte der Alte:

„Und dann?“

„Eine Stunde später brachte ein Bote einen Zettel vom Vater. Auch der Schrift sah man an, wie erregt der Vater noch war. Er schrieb, daß er in dieser Nacht nicht heimkomme weil er nach Bremerhaven gereist sei und von dort eine Geschäftsreise nach Hamburg vorhabe. Er bat uns, ihm einige Sachen dorthin zu senden. Mutter atmete auf:

„Gut ist es, daß er reist und auf andere Gedanken kommt.“

(Fortsetzung folgt.)

eigenen Nationalität bewahrt bleiben müssen von der Beimischung des Hasses gegen andere.

In Zeiten lebend, wo unter den christlichen Völkern mehr und mehr das Gefühl schwindet, daß sie zu einer Familie gehören, wo steigender Haß fortwährend die gähnenden Abgründe zwischen den einzelnen Nationen erweitert, wo viele glauben, ihre Nation in um so höherem Maße zu lieben, je mehr sie andere hassen, haben wir, soweit dies uns möglich, uns stets bemüht, diese heidnische Gesinnung von der Kirche fernzuhalten. — Überzeugt davon, daß jeder, der irdische Beweggründe und Zwecke in die Kirche hineinbringt, der in der Kirche nicht ausschließlich Mittel zur Förderung des Seelenheils sucht, Mißbrauch mit heiligen Dingen treibt, haben wir entsprechend dieser Überzeugung stets in der Seelsorge gewirkt.

Wir bemerken noch, daß keiner von uns jemals dem sogenannten Hakatistenverein angehört hat."

Aus der polnischen Presse.

Die Tätigkeit der Okazisten in Oberschlesien.

Die „Kattowitzer Ztg." schreibt:

„Im „Goniec Śląski" (Nr. 225) veröffentlicht der Westmarkenverein drei Entschließungen, die sich mit den allgemeinen Zielen des Vereins, mit der Schulwesen-Agitation des Deutschen Volksbundes und der deutschen Presse sowie mit den Kommunalwahlen beschäftigen. Die langen Ausführungen bezwecken, den Deutschen, ihren Organisationen und dem Volksbunde wieder einmal eins auszuwischen, obwohl gar keine Veranlassung dazu vorliegt. Der Westmarkenverein schert sich gar nicht darum, daß den Deutschen das Recht auf eine Minderheitsschule zusteht, dieses Recht aber bisher nicht erfüllt worden ist. Er übergeht die Tatsache, daß die Deutschen nur in aller Öffentlichkeit klagen, weil ihrem verbrieften Recht immer noch nicht stattgegeben worden ist, und behauptet, dieser Schrei nach dem Recht sei eine durch nichts begründete Hetze gegen die Anordnungen der Behörden. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wie sie wohl von keinem anständigen Menschen gebilligt werden dürfte. Das schönste bei der ganzen Geschichte ist aber, daß der Verein auch von den Polen im Oppelner Schlesien spricht, somit die Rechte der Polen jenseits der Grenze verteidigt wissen will. Er verurteilt die Forderungen der deutschen Minderheiten in Polen, um im gleichen Atemzuge von Forderungen der polnischen Minderheiten in Deutschland zu reden. Ist das eine Logik! Anstatt sich auf dem Boden der Tatsachen zu bewegen, wie die Deutschen und der Deutsche Volksbund es tut, schert er sich gar nicht um Recht und Gerechtigkeit, sondern hetzt und hetzt, weil er sich eine „deutsche Gefahr" einbildet."

Gegen die unberechtigten Klagen über Polenverfolgungen in Deutsch-Oberschlesien

schreibt ein polnisches Blatt, der „Górnoślązak" (Nr. 223 vom 28. September 1923) unter der Überschrift „Terror":

„Die Klagen über den Terror in Deutsch-Oberschlesien sind sehr oft unberechtigt, in vielen Fällen sind sie absichtlich übertrieben und sogar erlogen. Diese Behauptung wird manchem von uns mißfallen und den Gegnern als billiger Beweis dienen. Das braucht uns davon aber nicht abzuhalten, der Wahrheit die Ehre zu geben. Gott und die Wahrheit! sagt ein polnisches Sprichwort, ein Losungswort, an dem wir festhalten wollen jetzt und in Zukunft zum Wohle unserer Heimat.

Die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen, verlangt die Reinheit unserer Sache und nicht weniger die Gerechtigkeit selbst. Wir können doch nicht dulden, daß gewisse Elemente, die ihre Pflichten dem Volke gegenüber sehr gut kennen, sich trotzdem von uns, von den polnischen Blättern, Versammlungen, Andachten usw. wie von verpesteten Dingen wenden, sich unter diejenigen mischen, die sich zu recht beklagen und deren Beschwerden zu ihren eigenen machen. Und sie haben sie laut verkündet, möglichst so, daß ihre Klagen die Klagen der tatsächlich Geschädigten übertönten. Wir können nicht zugeben, daß einige aus der blutigen Schädigung der andern ihren Nutzen ziehen, wie diejenigen handeln, die noch vor kurzer Zeit auf alles Polnische gepfiffen haben und heute mit großen Beschwerden über den deutschen Terror ankommen. Denn sie wollen Arbeit, sie brauchen jene polnische Mark, die sie erst kürzlich bewußt oder unbewußt in den Kot getreten haben. Wir können das nicht dulden, wie wir auch nicht wollen, daß sich die Falschheit unter uns ausbreitet, daß man die Ruhe derjenigen stört, die guten Willens sind, oder daß willige Elemente von der Arbeit abgeschreckt werden.

Sofern die Beschwerden auf Unwahrheit beruhen oder zu selbstsüchtigen Zwecken benutzt werden, darf man die Klagen unserer Brüder nicht berechtigt nennen. Denn wie kann man dem Kläger Recht geben, wenn seine Worte sehr oft verraten, daß er wenig oder gar nichts getan hat, um sein Unglück rechtzeitig zu verhüten. So lange es ihm einigermaßen gut ging, wollte er möglichst von einer Organisation nichts wissen, ebenso wenig davon, seine Kräfte zur Verfügung zu stellen, damit ein Wall gegen die Angriffe errichtet werden konnte. Den Wert einer Organisation, die Wichtigkeit des Satzes, daß Einigkeit stark macht, begriff der Landsmann erst dann, wenn das Unglück bereits geschehen war und ihm schwere Nachteile entstanden sind. Ähnlich handeln auch diejenigen, welche zwar zur Schutzorganisation gehören, es aber nicht für nötig halten, diese über eigene oder fremde Vorfälle zu informieren. Aus alter Gewohnheit will diese Art unserer Brüder ihre eigenen und fremden Schäden lieber in geschlossenem Kreise besprechen. Einem solchen Verhalten kann man viel Achtung entgegenbringen, aber loben kann man es nicht, denn wenn wir mit verschiedenen Räubern Nachsicht haben werden, werden wir nie den Frieden kennen lernen und dabei das Recht verlieren, uns zu beklagen.

Ich habe wohl ein Recht zu behaupten, daß die Klagen der einen wie die Beschwerden der anderen nicht ganz berechtigt sind. Merkt auf, Landsleute! Wollt Ihr wirklich behaupten, daß in Schlesien oder gar im ganzen Deutschen Reiche sich ein so starker Mann fände, der es wagen würde, uns das geringste Unrecht zuzufügen, wenn wir alle, die wir hier leben, in Reih und Glied zusammenstehen würden? Ihr werdet zugeben, daß dies nicht der Fall ist, selbst dann nicht, wenn jeder zweite oder gar jeder dritte sich in unsere Reihen stellen würde.

Übrigens gibt es bei uns noch eine Art von Klagen. Was mich angeht, könnte ich geneigt sein, sie ebenfalls als unberechtigt zu bezeichnen. Das sind jene Klagen, die vermieden werden könnten, wenn wir uns bemühen würden, ein Mittel zu gebrauchen, das dem Schlesier besonders gut bekannt ist. Das ist die Praxis, sich den Angreifer näher anzusehen. Ich wette, daß in 96 von 100 Fällen ein solcher Orgesch, Stoßtruppler oder wie er sonst heißen mag, wenn er auf Raub ausgeht, sich als armseliges Geschöpf erweist, das mehr Mitleid als böse Worte verdient, wenn wir dieses bekannte Mittel anwenden. Daher rate ich, nicht lange zu klagen, sondern ihn auf das rechte oder linke Bein, wenn man im linken mehr Kraft spürt, überzulegen und die Kraft seiner Ausdauer zu prüfen. Fürchtet nicht, daß Ihr damit etwas Strafbares begeht, denn so viel ich weiß, wird jeder echte Deutsche Euch dafür dankbar sein. So wie wir, muß auch das deutsche Volk den Wunsch haben, daß ein dauernder Frieden in unserem Schlesierlande einkehre."

Poincarés grausame Vernichtungspläne.

Der Berichterstatter der „D. A. Z." meldet seinem Blatte aus Paris: Eine hiesige sehr maßgebende Persönlichkeit, übrigens weder Franzose noch Belgier, dessen hohe Stellung aber unbedingt dafür bürgt, über die Absichten der französischen Regierung genau informiert zu sein, erklärte uns heute auf Anfrage folgendes:

Poincaré ist nie gewöhnt, seinen letzten Trumpf selbst seinen besten Freunden gegenüber auszuspielen. Man möge sich in Deutschland klar darüber sein, daß die Bedingungen, die er demnächst Deutschland stellen wird, das Unerhörteste an Härte darstellen werden. Was Deutschland im Versailler „Vertrag" und späterhin an Bedingungen auferlegt wurde, ist auch nicht im entferntesten mit dem zu vergleichen, was ihm noch bevorsteht, wobei die Frage noch ganz offen bleiben muß, ob und wann es überhaupt zu Verhandlungen mit Deutschland kommen wird.

Auf die Frage, ob Frankreich etwa zu weiteren Besetzungen deutschen Gebietes übergehen würde, wurde unverzüglich erwidert: Ja, unter zwei Bedingungen:

1. im Falle eines Rechtsputsches in Deutschland;

2. wenn kommunistische Unruhen in Deutschland ausbrechen sollten.

In beiden Fällen würde Frankreich ein „Recht" zu seinem Vorgehen sogar noch aus dem Versailler „Vertrag" herzuleiten sich bemühen. Im Falle von kommunistischen Unruhen würde Frankreich auch noch weiter dazu übergehen, die Ostgrenze des Ruhrgebiets und das gesamte besetzte Gebiet überhaupt hermetisch von dem übrigen Deutschland abzuschließen, und zwar unter dem billigen Vorwand, seinen Boden, koste es, was es wolle, vor dem Vordringen der Kommunisten nach Westen nach besten Kräften zu schützen. Es sei bestimmt anzunehmen, daß es hierbei von Belgien energisch unterstützt werden würde.

Hindernisse im Ruhrgebiet.

Aus der deutschen Regierung nahestehenden Kreisen wird der T.-U. mitgeteilt:

Nachdem die Regierung die Verordnungen zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes zurückgezogen hat, sind im Ruhrgebiet allgemein die Einleitungen getroffen worden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich für die Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes. Obwohl die französische Eisenbahnregie zurzeit rund 20 000 Mann beschäftigt und in ihrem Gebiet zurzeit noch rund 160 000 deutsche Eisenbahner vorhanden sind, besteht die Regie darauf, den gesamten Betrieb in der Hand zu halten. Es besteht aber Zweifel, ob der technische Verwaltungsapparat der Regie auch nur annähernd ausreichen wird, um diese 160 000 Menschen zu dirigieren. Es ist daher verständlich, wenn die Regie zunächst **nur einen kleinen Teil des deutschen Eisenbahnpersonals** glaubt einstellen zu können. Es kommt hinzu, daß die Regie dem deutschen Personal, wie schon gemeldet, den **Diensteid für die Regie und die interalliierten Militärbehörden** zumutet. Die Weigerung der deutschen Eisenbahner über diese Zumutung ist verständlich. Andererseits wird seitens der Wirtschaftskreise des besetzten Gebietes der Ruf nach Inbetriebsetzung der Reichsbahn immer stärker, da naturgemäß alle Bemühungen, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, auf die Dauer erfolglos sind, wenn es nicht gelingt, die Transportfrage zu regeln. Das Reichskabinett hat sich deshalb veranlaßt gesehen, sich in seiner Sitzung am 2. Oktober mit dieser Frage zu beschäftigen, und ist zu der Auffassung gelangt, daß keinerlei Verhandlungen im besetzten Gebiet geführt werden sollen, bevor auf Anfrage bei der französischen und belgischen Regierung, ob diese bereit sind, in Verhandlungen über die Wirtschaft des besetzten Gebietes mit der Reichsregierung einzutreten, eine Antwort vorliegt. An der belgischen und französischen Regierung liegt es nunmehr, das letzte Hindernis für die allgemeine Arbeitswiederaufnahme im besetzten Gebiet aus dem Wege zu bringen.

Die Haltung der deutschen Beamten.

In Elberfeld tagte am Sonntag der Westausschuß des Deutschen Beamtenbundes. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurde einmütig beschlossen: „**Die deutsche Beamtenschaft stellt sich hinter die Beschlüsse der Reichsregierung.** Es wird mit allen Kräften darauf hingewiesen, daß die Arbeitsaufnahme möglichst reibungslos vor sich gehen soll. Die Beamten werden jedoch nur den Weisungen der zuständigen deutschen Behörden Folge leisten, es sei denn, daß von diesen die Unterstellung unter andere Regierungen bzw. die französische Regie ausdrücklich verlangt wird." Die Konferenz beschäftigte sich dann ausführlich mit dem Schicksal der Ruhrflüchtlinge und der Ausgewiesenen und der von den Franzosen gefangen gehaltenen deutschen Reichsangehörigen. Es wurde zuversichtlich die Hoffnung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung kein Abkommen unterzeichnen wird, das nicht über das Schicksal der aus der Heimat Vertriebenen oder Eingekerkerten eine klare Entscheidung im Sinne der für ihr Vaterland mit ihrem Hab und Gut Eingetretenen bringt.

Einführung der Frankenwährung.

Ab 1. Oktober müssen die Fahrpreise für die Benutzung der Regiezüge in **französischen bzw. belgischen Franken** bezahlt werden. Die Franzosen benutzen diese Anordnung, um sich eine neue Einnahmequelle zu verschaffen, denn der Franken wird natürlich nicht zum amtlichen Berliner Kurs gerechnet, sondern ungefähr auf das Doppelte festgesetzt. Am Essener Hauptbahnhofe haben sich nach dem Vorbild Berlins schwarze Börsen gebildet. Zahlreiche neu eingewanderte Ostjuden treiben vor dem Hauptbahnhof ihr dunkles Gewerbe und kaufen bzw. verkaufen alles mögliche. Die blaue Polizei ist nicht in der Lage, diesem Treiben Einhalt zu gebieten, denn diese Elemente stellen sich sofort unter den Schutz der Besatzungstruppen.

Aus den Baltenstaaten.

Ueberfall auf einen lettischen Eisenbahnzug.

Auf einen von Eckengraf nach Daudzewas (Lettland) fahrenden Eisenbahnzug wurde kurz vor letzterem Ort ein Überfall verübt. Banditen hatten Balken über die Schienen gewälzt, und als der Lokomotivführer infolgedessen den Zug bremste, sprangen vier maskierte Banditen auf die Maschine und schossen auf den Maschinisten, den sie am Fuß verletzten. Hierauf plünderten die Räuber die Fahrgäste aus. Ein Reisender wurde durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Nach den bisherigen Meldungen ist die Zugpost um 1300 Lit beraubt, während von 18 Reisenden ein Gesamtverlust von 1 600 000 Goldrubel angemeldet worden ist. Die Räuber flüchteten in den Wald. Polizei aus Mitau hat ihre Verfolgung aufgenommen.

Die Behandlung der Minderheiten in Litauen.

Die Danziger „Baltische Presse" meldet aus Kowno: Das litauische Unterrichtsministerium hat angeordnet, daß in den Minderheitsschulen der Unterricht in Erdkunde und Geschichte ausschließlich in litauischer Sprache stattzufinden hat. Diese Maßnahme, die im Widerspruch steht zu einer Erklärung Litauens im Völkerbund, hat unter den nationalen Minderheiten große Empörung hervorgerufen.

Der Botschafterrat lehnt die litauischen Memelanträge ab.

Die litauische Regierung erhob Einspruch gegen die ihr am 8. August mitgeteilte Entscheidung des Botschafterrates über die Rechte Polens im Memeler Hafen und beantragte Revision und Aenderung dieser Entscheidung. Der Botschafterrat lehnte diesen Antrag ab.

Eine polnische Stimme zur Ablehnung des litauischen Antrags.

Die „Gazeta Warszawska" weist in einem Leitaufsatz unter der Überschrift „Eine bemerkenswerte Wendung" auf die politische Bedeutung der Entscheidung des Botschafterrates über die Memelfrage hin. Der Beschluß des Botschafterrates hätte festgestellt, daß die ablehnende Haltung Litauens gegenüber den Bedingungen des Memelabkommens den Frieden in dem in Betracht kommenden Teile Europas gefährden könne. Der Botschafterrat hat sich unter Berufung auf Artikel 2 der Völkerbundssatzungen an den Völkerbund gewendet und ihn um Ausübung eines Druckes auf die litauische Regierung gebeten. Die Berufung auf diesen Artikel der Völkerbundssatzungen, so schreibt die „Gazeta Warszawska", zeigt, daß der Botschafterrat entschlossen ist, seine Taktik gegenüber Litauen zu ändern und die illegale Lage in Memel energisch zu regeln. Litauen könne also eine Souveränität über Memel nicht eher erhalten, als bis es das Abkommen angenommen hat, durch das Polens Rechte gesichert werden.

Sowjetrußland.

Ton und Sitte im proletarischen Rußland.

Die Sowjetpresse beschäftigt sich neuerdings lebhaft damit, daß im Proletariat und besonders in dessen jugendlichem Teil ein „neuer Ton" Platz greifen müsse. Trotzki hat eine Broschüre verfaßt, die diesen Fragen gewidmet ist. Die „Iswestija" schreiben, daß zurzeit kaum eine andere Frage die Aufmerksamkeit der heranwachsenden Generation so fesselt wie eben die der gesellschaftlichen Formung des zur Macht gelangten Proletariats. Angefangen von der Pflege des Umgangstones — Bekämpfung des vielfach üblichen groben Schimpfens, des übermäßigen und überflüssigen Rauchens, des Trinkens und des „kleinbürgerlichen Flirtens" — bis zu den Fra[gen] der Ehe, Begräbnisgebräuchen und dergleichen wird alles unter dem Gesichtspunkt der „neuen proletarischen Ethik" gebracht. Zahlreiche Briefe proletarischer Lehrer an die Zeitungen beweisen das Interesse an dieser Frage.

Deutsches Reich.

Bayerische Monarchie?

Gestern brachten wir die Nachricht, daß angeblich in München Kronprinz Rupprecht zum König von Bayern ausgerufen worden sei. Eine Bestätigung dieser Meldung hat der heutige Telegraph nicht gebracht. Doch werden Phantasien der „Daily Mail" verbreitet, deren Wahrheit sich nicht nachprüfen läßt, wonach auf der Insel Wieringen, dem Verbannungsort des deutschen Thronfolgers, ein Kurier aus Bayern eingetroffen sei, der den Kronprinzen Friedrich Wilhelm nach Bayern einladen soll, um den bayerischen Königsthron zu besteigen. Die Parteigänger der Hohenzollern in Bayern wünschen angeblich, daß der Hohenzoller den Wittelsbachern zuvorkomme. Die Wahrheit dieser Gerüchte läßt sich, wie gesagt, nicht nachprüfen. Als Kuriosität sei erwähnt, daß ein polnisches Blatt diese Meldung mit der Überschrift versieht: „Bayern trennt sich vom Reich", während doch offenbar in der Berufung eines Hohenzollern, der auch die Anwartschaft auf den preußischen Thron hat, ein starkes Bekenntnis zum Reichsgedanken, wenn auch in monarchischer Form, liegt. So färbt man auf polnischer Seite zugunsten Frankreichs das Bild der Tatsachen um und erweckt in den Lesern falsche Vorstellungen von dem, was in Deutschland vorgeht.

Drakonische Verordnungen von Kahrs.

Der Generalstaatskommissar von Kahr in München hat zwei Verordnungen erlassen, von denen die eine die schärfste Opposition der Sozialdemokratie hervorruft. Die erste Verordnung richtet sich gegen Landesverrat, der mit der **Todesstrafe** belegt wird. Durch die zweite Verordnung sollen die Betriebe gegen Streik und Sabotage geschützt werden. Die Verordnung verbietet alle Streiks und Aussperrungen und jede Art von Sabotage. Die Strafen dafür gehen von **Geldstrafe bis zu Zuchthaus.** Wenn Streiks und Sabotageakte den Tod eines Menschen zur Folge haben, kann auch auf **Todesstrafe** erkannt werden.

Demission der 4 sozialdemokratischen Minister.

Nach dem letzten Telegramm aus Berlin haben die vier der sozialdemokratischen Partei angehörigen Minister des Kabinetts Stresemann: der Wiederaufbauminister und Stellvertreter des Reichskanzlers Robert Schmidt, der Innenminister Sollmann, der Finanzminister Hilferding und der Justizminister Radbruch ihre Demission eingereicht. Weitere Einzelheiten fehlen. Allem Anschein nach ist der Zerfall der großen Koalition Tatsache geworden und die Sozialdemokratie hört auf, sich weiter an der Regierung zu beteiligen. Am Mittwoch nachmittag war die Lage noch ungeklärt.

Die Möglichkeiten einer Lösung der Krise.

Nach dem „Tag" liegen für eine Lösung der deutschen Kabinettskrise folgende Möglichkeiten vor:

1. Schaffung einer großbürgerlichen Koalition von Petersen (Demokrat) bis Hergt (Deutschnational) durch Stresemann oder

2. außerparlamentarische bzw. überparteiliche Regierung unter einem Kanzler, der nicht den Parteien angehört. Hierfür wird vielfach der Name Wiedfelds genannt.

Die dritte Möglichkeit der ganz großen Koalition von Müller-Franken (Sozialdemokrat) bis Hergt steht wohl kaum zur Debatte.

Die vierte Möglichkeit einer reinen Militärdiktatur unter Ausschaltung ziviler Persönlichkeiten in den leitenden Stellen oder an leitender Stelle kommt vermutlich auch kaum in Betracht.

Aus aller Welt.

Mitfühlende Worte des Papstes für Deutschland. Das römische Blatt „Nuovo Paeso" gibt, indem es für die Athentizität einsteht, die folgenden Worte des Papstes wieder, die er zu dem Kardinalstaatssekretär geäußert haben soll: „Die Nachrichten über die deutsche Tragödie zerreißen mir das Herz. Morgens und abends bete ich für den Frieden der Völker, denn was kann ich mehr tun, als beten. Möge Gott meine Gebete erhören, wenigstens für die armen Kinder, damit ihr Los erleichtert werde, und damit sie die Liebe wieder lernen, und daß die Geißeln des Krieges sie nicht heimsuchen. Es darf doch nicht möglich sein, daß ein ganzes Volk zugrunde geht."

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh 10 Uhr entschlief sanft und unerwartet mein lieber jüngster Sohn und unser kleines Brüderchen

Heinz.

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an

verw. Sophie Baufeld und Kinder.

Obornifi, den 4. Oktober 1923.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 7. d. Mts. um 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

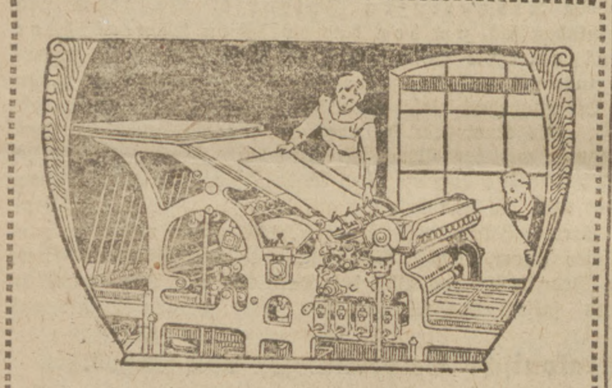
Doppelkonus-Rüben- u. Kartoffel-schneider

für **große** Leistungen offeriert, solange der Vorrat reicht, ab **Lager Poznań**

Woldemar Günter

Landwirtschaftliche Maschinen u. Bedarfsartikel,
Fette u. Oele.

Poznań, **Sew. Mielżyńskiego 6.** Tel. 52-25.



Wir drucken

schnell — gut — preiswert und in allen Kultursprachen

Drucksachen jeder Art in Buch- und Steindruck

Mit Mustern und Kostenvoranschlägen stehen wir jederzeit zu Diensten.

Für Behörden und Körperschaften:
Formulare, Haushaltspläne, Kontobücher, Aktendeckel, Ehrenurkunden, Gutscheine und Marken aller Art und für alle Zwecke.

Für Handel und Industrie:
Adreßkarten, Postkarten, Mitteilungen, Briefbogen, Rechnungen, Quittungen, Empfangsanzeigen, Briefumschläge, Etiketten; Preislisten, Paketadressen, Frachtbriefe, Zahlkarten, Scheckbücher usw.

Für persönlichen Gebrauch:
Besuchskarten, Verlobungsanzeigen, Hochzeits-Einladungen, -Zeitungen, und -Lieder, Vermählungs- Geburts- und Todesanzeigen.

Für Wertdrucksachen
wie Bankschecks, Aktien, Zinsbogen und sonstige Dokumente, sowie Drucksachen vertraulichen Inhalts besitzen wir eine besondere Wertpapierdruck-Abteilung sowie sonstige Einrichtungen, welche gute Ausführung gewährleisten.

Für wissenschaftliche und fremdsprachliche Satzarbeiten deren Pflege wir uns besonders angelegen sein lassen, verfügen wir über ein gutgeschultes Personal; gleichwie auch dem Bilderdruck und sonstigen illustrierten Druckarbeiten bei uns ganz besondere Sorgfalt zugewendet wird.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Poznań
(früher Ostdeutsche [vorm. Merzbach'sche] Buchdruckerei)
Zwierzyniecka (Tiergartenstraße) 6
Fernsprecher: 2273, 3110, 3249, 4246 Tel.-Adr.: Ostverlag
Graphische Kunstanstalt :: Buch- und Steindruckerei mit eigener Buchbinderei

---

Alt-Blei von allen Bleiröhren (Weichblei) kauft

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Forstwirtschaftspläne

wie sie z. Zt. von der Regierung gefordert werden, **fertigt schnellstens an.**

Forsttechnische Beratung

speziell für Dauerwaldwirtschaft, übernimmt

Oberförster Rolle, Linie,
Post **Zembowo**, Kreis **Nowy Tomyśl.**

Wir empfehlen zur Anschaffung und sofortigen Lieferung das Werk

A. Warschauer

Geschichte der Stadt Gnesen,

488 Seiten stark, Gr. Oktav-Format, in Antiqua-Druck, mit Facsimile und Stadtplan,
Preis pro Stück Mk. 160 000, nach auswärts unter Einschreiben und Streifband gegen vorherige Ueberweisung des Betrages auf Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań, einschl. Portogebühren u. Verpackung in Höhe von M. **162 000.**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzynięcka 6.
Abt.: Versandbuchhandlung.



Poznań – ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

Dywan Poznań ul. Wrocławska 20

Spezial-Teppich-Haus
empfiehlt
Teppiche, Läufer, Linoleum usw.
Riesenauswahl. — Tel. 37-49. — **Mäßige Preise.**

Schaffelle, Kleintier- u. Wildfelle zu Pelzen geeignet gerbt erstklassig

Fa. Pröbstel i Ska., Gniezno.

1a Preßtorf gibt preiswert ab P. Schulz, Gostyń.

Kreissägeblatt

fast neu, 70 cm. Durchmesser, sofort zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Batterien

für Taschenlampen „Hencil" über 3 Monate Garantie, auch deutsche „Deimon" **Hülsen, Birnen** und **Feuerzeuge.**

Nasse und trockene Elemente
alles **zu Fabrikpreisen** empfiehlt

E. Kolman, Poznań,
Przecznica 7. Telephon 54-33.

Küchenherd

für **Restaurant** oder große **Küche,** blauweiße Kacheln, 9½ Kacheln lang, mit vielen Messinghaken, sehr gut erhalten, **sofort hier** zu **verkaufen.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Suche das Lebensglück!

Gebildetes Fräulein, auch Witwe, evangl., mittelgroß, von 25—35 Jahren mit Ausstattung und etwas Vermögen,

zwecks Heirat gesucht.

Bin poln. Staatsbürger, evangel., Grundbesitzer, Existenz vorhanden.
Diskretion ehrenwörtl.
Erford. Angab. unt. F. 9391 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Ankäufe u. Verkäufe

Wir offerieren, **sofort lieferbar,** zum Abonnement: **Vobach's Frauen- und Modenzeitung,** neuestes Heft, Nr. 5 mit Schnittmustern.
Preis **28 000 M.**
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

---

1 Wolfshündin

1 Jahr alt, stubenrein und ein **kurzhaar. Jagdhund,** im 3. Felde, **sofort zu verkauf.**
Inspektor Czech, Dom. Piotrowo b. **Czempin.**

Antiquarisch, gut erhalten, zu kaufen gesucht:
Philosophische Werke, namentlich **Kant** usw.
Ferner:
Geographische Werke, Werke über Geschichtswissenschaft u. Weltgeschichte.
Ferner:
Goethes Werke, bessere Ausgabe, evtl. mit Illustrationen.
Angeboten sehen entgegen **Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań,** ul. Zwierzyniecka 6, Abt.: **Versandbuchhandlg.**

Wintermantel

für Knaben (14jähr.), gut erhalten, zu verkaufen. Ang. u. **9132** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.



Junge ruhige Dame sucht sofort oder später **möbl. Zimmer** evtl. mit voller Pension. Am liebsten im Zentrum. Gefl. Off. u. **A. A. 9367** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Berufstätige Dame sucht von sofort

möbl. Zimmer.

Angeb. u. **9366** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Braunschweig — Posen.

Tausche meine **3 Zimmerwohnung** mit Arbeitsgeleg., gegen solche in **Posen.** Näh. bei **Domagala, Czesława 8.** Dort ist auch ein **2rädriger Wagen** f. 6—8 Ztr. zu **verk.**

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 5. Oktober, abends 5¼ Uhr,
Sonnabend, morg. 7¼ Uhr, vorm. 10 Uhr mit Neumondverkündung (Cheschwan) und Predigt. nachm. 5¼ Uhr mit Jugendandacht und Predigt.
Sabbatausgang abends 6 U. 3 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 5¼ Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag, 5. Oktober, abends 5½ Uhr.
Sonnabend, den 6. Oktober, vorm. 10 Uhr.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 4. 10.: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper v. Offenbach.
Freitag, den 5. 10.: **„Glocken von Corneville"**, Kom. Oper von Planquette in 3 Akten.
Sonnabend, den 6. 10.: **„Glocken von Corneville"**.
Sonntag, den 7. 10.: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.

Evgl. Mädchen, 26 J. alt, möchte auf diesem Wege gern einen Wirtschaftsbeamten (ev., poln. Staatsangeh.) zwecks

späterer Heirat

kennen lernen. Zuschr. u. **A. K. 9376** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Wer erteilt franz. Unterricht?

Angebote mit Preisangabe u. **9400** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Atelier eleganter Damen- u. Herren-Moden nach Maß.
Moderne Damen-Mäntel
eigener Fabrikation zu billigen Preisen auf Lager.
Seweryn Roemer,
Schneidermeister, Poznań
Szewska 12. (450

Fertiger
Volkswirtschaftler,
der die Schulen in Kongreßpolen besuchte, sucht deutschen
Sprachunterricht,
gegen Erteilung polnischen Sprachunterrichts. Offert. unt. **9387** an die Geschst. d. Bl.

Zur Anschaffung empfehlen wir:

Posener Sprachführer

Polnisch-deutscher Wegweiser
enthaltend:
Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektrische Straßenbahn — Post — Gericht — Allerhand Aufschriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf Geschäftsschildern — Speisekarte — Deutsches Register usw.

Preis Mk. 10000.—,
nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6
(fr. Tiergartenstraße).

Lampenschirme und Teepuppen

werden angefertigt bei
Lewinsohn b. Ulrich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 36 I. r.

Arbeitsmarkt

Gesucht zum 1. Januar 1924 für Borowko Stare einen unverheirat.

Beamten

mit besten Empfehlungen, poln. Staatsangehöriger, der poln. Sprache in Wort und möglichst auch in Schrift mächtig.
v. Delhaes, Borowko Stare, p. **Czempin,** pow. **Kościan.**

Suche per sofort einen jünger. Assistenten als Hofbeamten.

R. Jeß, Wziąchów, pow. Koźmin.

Kräftiger junger Mann,
nicht unter 16 Jahre alt, kann **sofort** als (9361

Lehrling

eintreten. Lehrzeit 2 Jahre, freie Station. Taschengeld nach Tarif.
Molkereigenossenschaft Rybno,
poczta **Kiszkowo,** pow. **Gniezno,** Station **Rybno Wielkie,** Bahnstrecke **Gniezno—Skoki.** **Siegmann.**

Deutsche Deputatfamilien mit Hofegänger sucht **Marie Schneider, Poznań, św. Marcin 48.** (9397

Besseres junges Mädchen sucht Stellung als (9378

Stütze.

Elfriede Luhda, Czarnków.

Stellengesuche

Jg. Mann sucht Stell. als **Brennerei-Lehrling,** möglichst in Nähe von Posen. Gefl. Ang. u. **R. H. 9364** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Fräulein, welches die deutsche u. poln. Spr. in Wort u. Schrift beherrscht, auch im Maschinenschreiben bewandert ist, sucht Stellung als

Bürogehilfin

auf einem Gute. Off. u. **R. G. 9385** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Abendbeschäftigung

für **Buchführung** u. **Schreibmaschine** usw., 3—4 Stunden **gesucht.** Angebote u. **S. 9370** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Empfehle mein evgl. Mädchen mit langjährigen Zeugnissen, die ehrlich und zuverlässig ist, für einen leichten u. guten Haushalt in Provinzstadt oder Land. Angebote unter **9398** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche für meine Tochter, 22 J. alt, evgl., Stellung als

Stütze

und zur **Gesellschaft der Hausfrau** z. 1. 11. 23 oder später. Am liebsten auf größerem Gut. Familienanschluß Bedingung. Gehalt nach Uebereinkunft. Gefl. Ang. u. **M. R. 9392** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Aus Stadt und Land.

Posen, 4. Oktober.

Stadtverordnetensitzung.

Nach der Eröffnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung durch den Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski leitete Stadtv. Stachecki die Verhandlungen mit einem Bericht über einen aufzunehmenden Kredit von 800 Millionen Mark ein.

Teuerungszulagen für Beamte.

Diese Summe soll zu Monats-, Nachtrags- und Großstadtzulagen für die städtischen Beamten und Angestellten, im ganzen 723, verwendet werden.

Die Vorlage wurde widerspruchslos angenommen.

Eine scharfe Aussprache.

Dann rief die endgültige Anstellung des Beamten Pawlik-Pawłowski als Leiter des Wassermessungsamts eine Auseinandersetzung zwischen dem Stadtv. Sieradzki und dem Stadtpräsidenten Ratajski hervor. Pawłowski kommt von außerhalb und ist, ohne eine Prüfung abgelegt zu haben, auf den Posten eines Betriebsleiters gelangt.

Stadtv. Sieradzki warf dem Magistrat vor, daß Ausnahmen gemacht und die aufgestellten Grundsätze nicht eingehalten werden. Man schweife immer in die Ferne. Der Vorfall habe in den Reihen der Beamtenschaft eine große Erregung hervorgerufen.

An der Aussprache beteiligten sich die Stadtvv. Habel und Pluciński.

Schließlich wurde der Vertagungsantrag des Stadtv. Pluciński angenommen.

Darauf berichtete Stadtv. Dr. Krzyżankiewicz über die Erhebung eines

Zuschlags zur Gewerbesteuer (Patentsteuer)

in Höhe von 25 v. H., gemäß Absatz 125 der Gewerbesteuerordnung; ferner über die Erhebung eines Zuschlags in Höhe von 0,5 v. H. zur Umsatzsteuer gemäß Art. 8 des Gesetzes vom 14. Mai 1923. Die Einnahme aus diesem Titel ist auf 7 535 000 000 M. veranschlagt.

Die Vorlage wurde widerspruchslos angenommen.

Stadtv. Buggel ergriff hierauf zu einer

Interpellation über die Zurücknahme eines Baukonsenses

in der ul. Noskowskiego (fr. Am Goethepark) das Wort. Hier hat die Firma Dziembowski am Plac Moniuszki eine kleine Garage in einer Länge von 7 Metern ohne Bauerlaubnis gebaut. Der Magistrat fordert als Inhaber der Hypothekenrechte des Grundstücks eine Summe von 10 Millionen Mark. Eine Einigung kam nicht zustande.

Stadtrat Podolka berief sich in seiner Antwort auf die baulichen Vorschriften der Wojewodschaft und des Stadtbauamtes.

Stadtv. Buggel wies auf die Ausnahmen hin, die in der Konzessionserteilung, z. B. in Solatsch, gemacht wären.

Stadtv. Dr. Szulczewski kritisierte die Konzessionserteilung der Streichholzfabrik Stabrowski im Innern der Stadt und Gerbereianlage an der Warthe. Durch die Abflüsse der Gerberei gelange Arsenik in die Warthe hinein.

Stadtrat Podolka: Die Konzessionserteilung für derartige Betriebe unterliege der Zuständigkeit der Wojewodschaft. Das Stadtbauamt hat nur auf die Ausführung der technischen Seite zu sehen. Die weiteren Bestimmungen unterstehen dem Inspektorat der Arbeit und dem Starostwo Grodzkie.

Gebührenerhöhungen.

Stadtv. Maliński berichtete über den Wasserzins, der auf 8000 M. für das Kubikmeter erhöht wurde. Die weitere Erhöhung der Schlachtgebühren rief eine Kritik des Stadtv. Fleischermeisters Ruter hervor. Man sollte lieber die Gebühren für die Viehausfuhr erhöhen. Heute sei schon 1 Pfund Fleisch mit einer Steuer von 4000 M. belastet.

Stadtrat Nowicki: Die Gebühren für die Viehausfuhr können wir nicht erhöhen. In der nächsten Sitzung werde ich aktenmäßig beweisen, daß die Zahl der Exporteure am Posener Markt abgenommen hat. Ich wäre deshalb für eine Abschaffung dieser Steuer. Viel Vieh geht auch nach Warschau für die Heeresverwaltung, nicht alles nach Oberschlesien oder ins Ausland.

Über die Kohlenversorgung befragt, gab der Oberbürgermeister noch bekannt, daß die Stadt Posen in 2—3 Wochen unter Umständen 400 Waggons Kohlen für die ärmere Bevölkerung erhalten werde. Die Verhandlungen darüber seien noch nicht zum Abschluß gelangt.

Um 8 Uhr hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. bw.

Die Kleinbahn Posen—Biedrusko

wurde, wie seinerzeit von uns schon mitgeteilt wurde, am 1. August eröffnet und dem öffentlichen Verkehr übergeben. Die Bahn dient nicht nur militärischen Zwecken, sondern befördert auch Zivilpersonen und Güter. Die Strecke läuft über Naramowice, Ulmenhof, Nowawies und Radojewo. Die Abfahrtsstelle in Posen befindet sich am Fuße des Kernwerks, neben dem Bahnhof Gerberdamm.

Es verkehren gegenwärtig folgende Züge: Nr. 1 Abfahrt Gerberdamm 10 Uhr 30 vormittags, Ankunft Biedrusko 12 Uhr mittags; Nr. 3 Abfahrt Gerberdamm 2 Uhr 30 nachmittags, Ankunft Biedrusko 4 Uhr nachmittags. In umgekehrter Richtung: Nr. 2: Ab Biedrusko 2 Uhr 30 nachm., Ankunft Gerberdamm 4 Uhr nachm. Nr. 4: Abfahrt Biedrusko 6 Uhr früh, Ankunft Gerberdamm 7 Uhr 30 vormittags. Die Züge Nr. 3 und 4 verkehren täglich, die Züge Nr. 1 und 2 nur im Bedarfsfalle (hauptsächlich bei größeren Transporten). Anträge auf Beförderung von Waggonladungen sind an das Dowództwo 3 p Wojsk. Kolejowych in der Zitadelle zu richten mit genauer Angabe über Art und Gewicht der zu befördernden Ware spätestens bis 3 Uhr nachmittags am Tage vor dem in Aussicht genommenen Tage der Beförderung. Aus technischen Gründen wird der jedesmalige Gütertransport auf 20 Tonnen für jeden Zug und auf 5 Tonnen für jeden Wagen beschränkt. Explosivstoffe und leicht entzündliche Waren sind vom Transport ausgeschlossen.

Der Personenfahrpreis beträgt 1500 Mk. für die Entfernung von Station zu Station mit einem Zuschlag von 5 Prozent für das Rote Kreuz. Für Handgepäck, das einen besonderen Platz einnimmt ist, eine Personenfahrkarte zu lösen. Für Beförderung größeren Gepäcks sind für je 10 Kg. 300 Mk. ohne Rücksicht auf die Entfernung zu zahlen.

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Die Hauptarbeit war auch in der verflossenen Woche wieder das Drillen von Roggen und Weizen. Der Kleinbesitz ist mit dieser Arbeit im Laufe der Woche zum größten Teil fertig geworden, ebenso eine ganze Anzahl von Gütern verschiedener Größe. Es ist auch schon viel Roggen aufgegangen und teilweise schon recht schön grün. Der Aufgang wird meist als günstig bezeichnet. Lupinen, Serradella usw. sowie Grummet wurden verschiedentlich noch in der vergangenen Woche eingebracht. Wo die Bestellungsarbeit beendet ist, ist die Kartoffelernte in vollem Gange. Im bäuerlichen Betriebe hört man jetzt überall die Kartoffelrodemaschinen klappern, man wird dort im Laufe der neuen Woche jedenfalls fast überall mit der Kartoffelernte fertig werden. Ihr Ausfall ist offenbar außerordentlich verschieden, es ist bisher noch schwer, sich ein klares Bild von den Durchschnittserträgen zu machen, das wird aber Ende der neuen Woche möglich sein. S.

Für Vogelfreunde.

Vielen bereitet es im Winter Freude, den gefiederten Tierlein Futter zu streuen, wenn der Schnee es den Vöglein schwer macht, etwas zu finden, womit sie ihren Hunger stillen können. Nicht immer aber wird solches Futter zur Hand sein, das unseren besonderen Freunden, zum Beispiel den Meisen und anderen zusagt; nicht jeder möchte auch für das Vogelfutter noch Geld ausgeben. Nun, jetzt ist noch Erntezeit, auch für das Vogelfutter! Wer ein bißchen Mühe nicht scheut, der kann jetzt allerhand finden, womit er im Winter den Vögelchen einen Leckerbissen bereiten kann. Da finden wir zum Beispiel die Früchte des Pfaffenhütchens, des Weißdorns der Eberesche und die wenig beachteten der Klette, die stark an die Kerne der Sonnenblume erinnern. Weder das Einsammeln dieser und anderer Früchte macht besondere Schwierigkeiten, noch ihre Aufbewahrung, nur gilt es, bald zuzufassen, ehe die Früchte abfallen. S.

Klavierabend. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Vereinshaussaal das Konzert des Pianisten Egon Petri statt.

Ein japanisches Tänzerpaar in Posen. Am kommenden Sonntag, dem 7. Oktober, wird es im Saal des Apollotheaters eine Sensation geben: ein japanisches Tänzerpaar tritt dort in einer eigenen Matinee auf. Es handelt sich um das Tänzerpaar Bac und Konami Ishii, das schon in einer Reihe von Städten Europas mit großem Beifall aufgetreten ist. Die Veranstaltung beginnt mittags 12 Uhr. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

Vom Film. Im Kino Colosseum (Św. Marcin 65) wird gegenwärtig ein phantastischer Film gezeigt, der in Indien spielt und „Geheimnisse einer Nacht in Bombay" heißt.

Butterbeschlagnahme. Die Kampfkommission gegen die Teuerung und den Wucher in Bromberg beschlagnahmte 80 Tonnen Butter, die zu Spekulationszwecken aufgestapelt waren. Die Butter wurde an Arbeiter zu billigen Preisen verkauft.

⚔ **Festnahme eines schweren Jungen.** Hier wurde gestern der 26jährige Stefan Marcinkowski aus Pleschen festgenommen, der aus dem Gefängnis in Koschmin entwichen und nach Posen gekommen war. Er hat so mancherlei Straftaten auf dem Kerbholz. Er ist unter falschem Namen umhergereist, hat eine Anzahl schwerer Einbruchsdiebstähle verübt und gelegentlich des einen auf einen ihn verfolgenden Soldaten einen Schuß abgegeben, der diesen schwer verletzt hat.

⚔ **Als Betrüger festgenommen** wurden gestern der 27jährige Władisław Przybylski und der 18jährige Ignatz Kubisz, die mit einer gefälschten Sammelliste für die ehemaligen Hallersoldaten umhergingen und zum Teil schon namhafte Beträge in Empfang genommen hatten.

⚔ **Als Spirituspascher festgenommen** wurden auf dem Hauptbahnhofe drei Leute aus Lodz, die 95 Liter unverzollten Spiritus bei sich führten.

⚔ **Große Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Keller in der Wielkie Garbary 48 (fr. Gr. Gerberstr.) ein Deckbett und zwei Läufer im Werte von 5 Millionen Mk.; aus einem unverschlossenen Korridor des Hauses Große Gerberstr. 21 ein aschgrauer Damenmantel, ein schwarzer Seidenmantel mit Rosafutter und ein Fuchskragen für 50 Millionen Mk.; aus einer Wohnung in der ul. Kręta 5 (fr. Kohleisstr.) eine große Menge Mehl und Tuch im Werte von 3 Millionen Mk.; aus der Garage Ostrowek 10 ein Paar schwarze Kutschgeschirre mit Nickelbeschlag im Werte von 30 Mill. Mk.

⚔ **Festnahme zweier jugendlicher Einbrecher.** Gestern wurden von der Kriminalpolizei der 17jährige Struszyk und der 18jährige Mieczysław Kuszewski festgenommen, die sich in der ul. Woźna (fr. Büttelstr.) einen Einbruchsdiebstahl in ein Porzellanwarengeschäft geleistet hatten. Der eine der beiden vielversprechenden Burschen wird von der Bromberger Staatsanwaltschaft wegen anderer Straftaten steckbrieflich gesucht.

⚔ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 10 Betrunkene, 2 Bettler, 11 Dirnen, 7 Personen wegen Diebstahls, 2 wegen Diebstahlverdachts, 2 wegen Betruges, 1 Person, die wegen einer Straftat gesucht wird.

---

* **Bromberg,** 3. Oktober. Unter der Überschrift: „Ein netter Freund" berichtet die „Deutsche Rundsch.": Am Montag machten sich in unserer Stadt zwei Fremde von außerhalb bei irgendeiner Gelegenheit bekannt. Natürlich gingen sie dann in ein Restaurant, um ihre Freundschaft bei einem Gläschen zu besiegeln, und gaben dem Restaurateur ihre beiden inhaltreichen Koffer in Verwahrung. Dann machten sie einen gemeinsamen „Bummel", dessen Verlauf wohl recht angeheiterte Stimmung gebracht haben muß; denn die beiden Freunde kamen nachts bei irgendeiner Gelegenheit auseinander und fanden sich nicht wieder. Als später der eine, verlassen von seinem Freunde, sich aufmachte, um seinen Koffer abzuholen, mußte er mit Bedauern feststellen, daß sein Freund inzwischen beide Koffer abgeholt hatte. Der Betroffene erleidet dadurch einen Schaden von 40 Millionen Mark. — Die Polizei beschlagnahmte auf dem hiesigen Bahnhof 80 Kilogramm Tabak, die auf dem Schmugglerwege eingeführt worden waren. — Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Dienstag in dem Hause Schillerstraße 6 verübt. Die Einbrecher entwendeten aus dem Korridor Pelzsachen im Werte von 500 Millionen Mark.

* **Graudenz,** 3. Oktober. Die evangelische Kirchengemeinde ist, wie sich die „Deutsche Rundsch." melden läßt, durch freiwillige und zwangsweise Auswanderung eines großen Teiles der Gemeindemitglieder in eine schwierige Lage gekommen, denn die Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist durch Auswanderung sehr wohlhabender Mitglieder sehr gesunken. Der dritte Geistliche mußte bereits vor Jahren abwandern. Vor einigen Monaten beschlossen die Gemeindekörperschaften die Erhebung einer erhöhten Umlage im Betrage von 100 Prozent der Staatseinkommensteuer. Die Erhebung der Kirchensteuer wird in letzter Zeit nicht mehr durch die städtische Steuerkasse, sondern durch die Kirchenbeamten bewirkt. Leider hat ein Teil der Steuerzahler die Zahlung verweigert, und zwar z. T. Leute mit größerem Einkommen.

* **Inowrocław,** 3. Oktober. Bei einer an einem dreistöckigen Hause in der Thorner Straße vorgenommenen Dachrenovierung stürzte der dort beschäftigte Dachdeckergeselle Wojan von hier ab. Er war gerade im Begriff, einen an einem Seil befestigten Eimer mit Teer auf das Dach zu ziehen, als das Seil riß, wodurch W. das Gleichgewicht verlor und vom dritten Stock auf das Straßenpflaster stürzte, wo er auf der Stelle den Tod erlitt. — Gestern früh wurde die Witwe Marjanna Marcinkowska, Köchin des Notars Dr. Mueller-Czarnek, ul. Staszyca 4, in ihrem Bett leblos aufgefunden. Der Tod war durch ausströmendes Gas verursacht.

* **Konitz,** 3. Oktober. Im hiesigen Lyzeum sind auf Verfügung des Thorner Schulkuratoriums die drei oberen Klassen geschlossen worden, und zwar angeblich wegen allzu schwachen Besuchs. Gestern abend hat sich eine Abordnung nach Warschau begeben, um beim Unterrichtsminister gegen die Schließung Einspruch zu erheben.

p. **Kurnik,** 3. Oktober. Zu dem Einbruchsdiebstahl beim Grafen Zamoyski ist ergänzend mitzuteilen, daß es bei dem Versuch geblieben ist. Die Einbrecher waren auf einer Leiter in das im ersten Stockwerk gelegene Museum nach dem Eindrücken einer Fensterscheibe eingedrungen und hatten bereits mehrere Rucksäcke mit wertvollen Orden und Medaillen gefüllt, als sie gestört wurden und unter Zurücklassung der Beute flüchteten. Bis jetzt fehlt von ihnen noch jede Spur.

p. **Obornik,** 4. Oktober. (Privattelegr.) Heute nacht gegen 12 Uhr stahlen unbekannte Diebe in Lipie der Besitzerin Witwe Marie Urban eine Kuh aus dem Stalle und zündeten, vermutlich um die Spuren zu verwischen, den Kuhstall an. Dieser und die daran stoßende Scheune gingen in Flammen auf. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. Der Schaden beziffert sich auf mehrere hundert Millionen Mk.

* **Podgórz, Kr. Thorn,** 2. Oktober. Durch Verordnung des Wojewoden ist die hiesige „Deutsche Vereinigung, Ortsgruppe Rudak" aufgelöst worden.

p. **Wronke,** 4. Oktober. (Privattelegr.) Gestern nachmittag zwischen 4 und 6 Uhr verübten Diebe in der Vorstadt beim Eigentümer Piechutowski einen Einbruchsdiebstahl und stahlen 600 Meter Leinwand eigenen Fabrikats, 50 Pfd. geräucherten Speck, sowie mehrere Wäschestücke, darunter 6 weiße Tischtücher. Der Wert der gestohlenen Sachen beziffert sich auf 200 Millionen Mk. Die Diebe sind unbekannt entkommen.

* **Zduny,** 3. Oktober. Seit dem 1. d. Mts. ist der Grenzübertritt nur von 8—12 Uhr vorm. und von 1—5 Uhr nachm. gestattet.

---

* **Danzig,** 2. Oktober. Seit acht Tagen wurde der Kunstmaler Kurt Anders vermißt, der an einer Sitzung des Rudervereins im Bootshause teilgenommen hatte und seitdem nicht mehr gesehen worden ist. Jetzt ist die Leiche von Beamten der Schutzpolizei im Kielgraben geborgen worden. Anders scheint auf dem Nachhausewege in der Dunkelheit ins Wasser gestürzt zu sein. Die Brieftasche mit Wertpapieren wurde bei dem Verunglückten gefunden, so daß ein Verbrechen kaum in Frage kommen dürfte.

Aus Ostdeutschland.

* **Oels**, 2. Oktober. Aus Anlaß ihres Geburtstages hat die Kronprinzessin Cäcilie 50 arme Kinder, die von der Stadt ausgesucht waren, reichlich mit Lebensmitteln beschenkt.

* **Prittisch**, 29. September. Durch Entscheidung des Oberpräsidenten ist dem Apotheker Thurow die Konzession für die hiesige zur Vollapotheke erweiterte, bisherige Reinhardsche Zweigapotheke erteilt worden.

* **Tirschtiegel**, 29. September. Durch das neue Pensionsgesetz gezwungen, trat der in unserer Stadt allbeliebte Hauptlehrer und Kantor Beil nach 45jähriger Amtstätigkeit in den Ruhestand. Aus Anlaß des Scheidens aus dem Schuldienste fand am Sonnabend in der katholischen Schule eine Feier statt.

* **Sonnenburg**, 2. Oktober. Die Privatlehrerin Frl. Krause, die vor 30 Jahren in den Ruhestand trat, beging ihren 100. Geburtstag.

Erstes Herbstrennen in Ławica.

Am Mittwoch, d. 3. Oktober, fand das erste Herbstrennen statt, das einen recht interessanten Verlauf nahm. Der Beginn war auf 2 Uhr angesetzt. Ein Sonderzug war von der Eisenbahnverwaltung nicht gestellt, da sich bei dem verhältnismäßig geringen Besuch der an Wochentagen stattfindenden Rennen dies nicht lohnen würde. Wem also nicht Wagen oder Auto zur Verfügung stand, der fuhr am besten mit der Straßenbahn bis zur Endstation Jersitz und benutzte dann die etwas primitive Kleinbahn des Flughafens Ławica. Das Rennen war trotz des ausgezeichneten Herbstwetters allerdings nicht stark besucht, aber das Publikum war desto gewählter. Die würdevolle Gestalt des bekannten Rennstallbesitzers Grafen Mielżyński fiel sofort in die Augen.

1. **Flachrennen für Herren.** 2200 Meter. Theobald konnte nicht zum Starten gebracht werden. Sein Reiter, Graf Komorowski, bemühte sich vergebens, den unruhigen Hengst zu bändigen. Eine ganze Schar von Diensteifrigen suchte durch Drohen und Berühren mit Peitschen, Stöcken, sogar mit Ästen und Flaggenstangen Theobald zur Vernunft zu bringen. Nachdem eine Flaggenstange an seiner Kruppe in Stücke gegangen war, wurde dem grausamen Spiel ein Ende gemacht, indem Graf Komorowski auf das Rennen verzichtete. Es siegte der zierliche Hengst Rayon d'or, den Jaworski ritt, über Rabindranat. Totalisator konnte infolge des Ausfalls von Theobald nicht in Tätigkeit treten und zahlte sämtliche Einsätze zurück.

2. **Hürdenrennen** für Herren. 2400 Meter. 1. Barcelona unter dem vom Glück verfolgten Jaworski. 2. Seebrugge (Graf Komorowski). 3. Zbyszek (Pomernacki). 4. Córka Foski. Tot.: für Barcelona Sieg 150, Platz 130, für Seebrugge Platz 220.

3. **Flachrennen** für Herren. 2400 Meter. 1. Elve mit Jaworski, der zum drittenmal Sieger wurde. 2. Laska. Tot. 100.

4. **Steeple-Chase für Herren.** 3200 Meter. 1. Nimis (Peretjatkowicz). 2. Mimosa. Tot. 110.

5. **Steeple-Chase** für Herren. 4800 Meter. 1. Robert (Graf Komorowski). 2. Kasztelanka (Wojtowicz). 3. Mick, der an einem Hindernis kopfüber ging und seinen Reiter abwarf. Die Sache sah gefährlich aus und schon wurde der Rote-Kreuzwagen mobil gemacht, doch konnte Oberltn. Bylczyński noch auf eigenen Füßen wenn auch etwas mühsam, die Rennbahn verlassen. Tot. 170.

6. **Steeple-Chase für Offiziere.** 3600 Meter. 1. Globus (Rtm. Mojszczeński). 2. Krakus (Oberltn. Bronięcki). 3. Zamaroka (Rtm. Peretjatkowicz). Tot. Sieg 190. Platz für Globus 150, für Krakus 550, die höchste Quote des Tages.

7. **Jagdrennen.** Es liefen 12 Pferde. 1. Ortrude (Komorowski). 2. Georg (Dembiński). 3. Berta (Kopić). Tot. Sieg 110, Platz für 1:100, für 2:120, für 10:130.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. Sch. in J. Zu einer solchen Befürchtung liegt z. Zt. kein Anlaß vor. Zurückgezogen werden kann die Erklärung gegenwärtig nicht.

Sg. bei P. 1. Der Betreffende ist unter den angegebenen Umständen unseres Erachtens verpflichtet, Ihnen entweder die Butter in natura zurückzugeben oder den heutigen Preis, nicht den vom vorigen Jahre zu zahlen. 2. Ein Prozeß kann für Sie nur günstig ausfallen, doch raten wir Ihnen dringend, möglichst ein friedliches Abkommen zu treffen, ohne die Gerichte erst zu bemühen.

B. M. Gesetzlich hat der Hauswirt nicht das Recht, von Ihnen vom 1. November ab das Fünffache der bisher von Ihnen gezahlten Miete zu fordern. Er macht sich dadurch, daß er Sie durch Schikanen willig machen will, strafbar, wenn er Ihnen die Pumpe absperrt, die Klosettür aushebt und das Dach von Ihrem Stalle entfernt. Ihre Ortspolizei ist verpflichtet, Sie gegen diese Schikanen unter allen Umständen in Schutz zu nehmen. Sollte sie versagen, dann wenden Sie sich beschwerdeführend an Ihren Starosten. Von einer Anzeige gegen Ihren Wirt wegen Mietswuchers und Erpressung, zu der Sie an sich berechtigt sind, raten wir jedoch um des lieben Friedens willen ab.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Polens Ein- und Ausfuhr.** In den ersten fünf Monaten des Jahres hat laut amtlichen Angaben die Ausfuhr 1 464 284 To. im Werte von 894 888 Millionen polnische Mark, die Einfuhr 252 332 To. im Werte von 961 845 Millionen polnische Mark betragen. Obwohl die Handelsbilanz in den letzten Monaten bekanntlich aktiv geworden ist, war sie doch in dem ganzen Zeitraum passiv. Der Export richtete sich vorwiegend nach Deutschland, Rumänien, Österreich, England, der Tschechoslowakei, Frankreich und Amerika und bestand hauptsächlich in Kohle, Holz, Metallerzeugnissen, Zucker, Zink, Woll- und Baumwollgeweben und Garnen, Petroleumerzeugnissen. Importiert wurden Rohwolle und Rohbaumwolle, Getreide, Leder, Tabak, Gewebe, und zwar aus Amerika, Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Frankreich und Rumänien.

♂ **Englands und Deutschlands Handelsaussichten in den baltischen Staaten.** Der Parlamentsabgeordnete J. R. Remer, der vor einigen Tagen von einer Reise nach Estland, Lettland und Litauen zurückgekehrt ist, wo er Gast der Regierungen war, berichtete über die dortige Handelsentwicklung. Er wies darauf hin, daß bis vor einem halben Jahre der Handel jener Region in den Händen der Deutschen gelegen habe. Heute seien aber die englischen Preise niedriger als die deutschen. Die drei Staaten brauchten vor allem landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, wie auch rollendes Material für ihre Bahnlinien und könnten dagegen Holz und landwirtschaftliche Produkte nach Großbritannien senden. Wenn erst der Handelsverkehr mit Rußland wieder möglich geworden sein würde, müsse er zum großen Teil durch die fünf Häfen dieser baltischen Staaten fließen. Man leiste sich also selber einen Dienst dadurch, daß man ihnen jede Aufmunterung zuteil werden lasse. Mr. Remer erklärte, es sei eine dringliche Aufgabe der Regierung, eine gerechte Beilegung der Memelfrage zu beschleunigen, die augenblicklich nur dazu angetan sei, die Erholung der betroffenen Länder zu verzögern und ebenso eine Neubelebung des Vertrauens.

♂ **Die russische Außenhandelsbilanz** ist dank den Bemühungen und zum Teil rigorosen Maßnahmen der Sowjetregierung, um alle nicht notwendige Einfuhr fernzuhalten, bereits seit Monaten aktiv geworden. Die Ziffern für Juli, aus denen sich eine Aktivität von 6 113 000 Goldrubeln ergab, haben wir bereits mitgeteilt. Zum Vergleich seien noch die Junizahlen nachgetragen, die für die Ausfuhr 15 Millionen Pud im Werte von 16 Millionen Goldrubel und in der Einfuhr 7 718 000 Pud im Werte von 21 Millionen Goldrubel betragen haben. Quantitativ überstieg der Export also schon im Juni den Import um rd. 100 Prozent. Ein Wertüberschuß ist aber erst im Juli entstanden. Wie wir erfahren, wird auch das Augustergebnis einen Ausfuhrüberschuß ergeben, doch sind die näheren Zahlen noch nicht bekanntgegeben. Nicht uninteressant ist auch ein Vergleich verschiedener Monate hinsichtlich derjenigen Waren, welche die Haupt-Ein- und Ausfuhrposten bilden. So standen zum Beispiel im Juni Lebensmittel im Werte von 8 Millionen an erster, im Juli an zweiter Stelle, Rohstoffe und Halbfabrikate mit 7 Millionen im Juni an zweiter, im Juli aber an erster Stelle des Exports. Während im Juli die Reihenfolge der Importwaren, Heizmaterialien, chemische Produkte, Papier, Metall und Metallerzeugnisse war, standen im Juni Metallerzeugnisse mit 7 Millionen an erster Stelle. Dann folgten Textilwaren mit 5 und chemische Produkte mit 2 Millionen.

Verkehr.

♂ **Der Revaler Hafen** zeigt, was den Schiffsverkehr angeht, seit einigen Wochen ein Bild sehr geringen Lebens. Seitdem zwischen Petersburg und Deutschland sich ein immerhin recht beträchtlicher Verkehr zu entwickeln begonnen hat, ist der Transit über Reval stark zurückgegangen und läßt auch für die Zukunft nicht allzu viel mehr erhoffen. Auch von dem angekündigten russischen Getreide, das zur Ausfuhr nach Westeuropa bestimmt ist, hat man noch wenig zu sehen bekommen. Im allgemeinen hängt aber das rückgängige Frachtengeschäft mit der unsicheren politischen Lage in Europa überhaupt zusammen. In letzter Zeit haben deshalb viele Schiffe den Hafen wieder leer verlassen. Um so reger ist dagegen die Bautätigkeit im Hafengebiet. Der Holzhafen wird allmählich verlegt, und an den Molen entstehen eine Reihe neuer Schuppen, da die bisherigen Privatspeicher zu klein und ohne genügende Zufuhren waren. Die neuen, im vorigen Herbst in Angriff genommenen Speicherbauten gehören dem Staat und werden direkt an den Kais angelegt. Sie werden zum Teil in Beton, zum Teil in Ziegelfachwerk aufgeführt und sind, soweit sie bereits fertiggestellt wurden, schon mit Transitwaren gefüllt. Bis zum Frühjahr 1924 wird der Zuwachs an Speichern 18 000 Quadratmeter Bodenfläche betragen. Der große Elevator, der seit 1918 fast unbenutzt stand, wird jetzt nach seiner Verpachtung an Sowjetrußland einem gründlichen Umbau unterzogen, so daß er ein Fassungsvermögen von 450 000 Pud Getreide erhalten wird.

♂ **Deutsche Waggons für Jugoslawien.** Die Belgrader Regierung hat dieser Tage aus Deutschland 40 neue Personenwaggons zur Verwendung auf der Linie Belgrad—Skoplje bezogen.

Wirtschaft.

♂ **Die diesjährige Ernte in der Krim** ist im Durchschnitt übermittelgut ausgefallen. Nach dem Fünfersystem wird sie mit 3,3 bewertet. Infolge des feuchten vorjährigen Herbstes war die Wintersaat gut aufgegangen, die Osterfröste hatten ihr nur wenig geschadet. Winterroggen und Weizen wurden bis über 4 bewertet. Dagegen hat die Frühsaat infolge der Kälte stark gelitten und durch die große Dürre des Frühsommers ist sie an vielen Stellen bis auf die Aussaatmenge zurückgegangen. Mais und Hirse haben ihrer späten Anpflanzung nach durch die Dürre sehr stark gelitten. Graserernte ist schlecht, dagegen Obsternte reichlich. Die besten Gebiete sind wiederum die relativ niederschlagsreichen Gebiete am Nordrand der Jaila, gegen Norden ist die übliche Abstufung wahrzunehmen, so daß sich die im Vorjahre schwer geschädigten Gebiete noch immer nicht erholen konnten. Der Ertrag im Süden beträgt für Wintersaat durchschnittlich 12, stellenweise bis zu 15 Tschetwert (= ca. 2 Hektoliter) pro Desjatine — für die Krim bereits ein recht günstiges Resultat, im Norden 6—8. Für Frühsaat im Süden etwa 6, im Norden meist nur das Ausgesäte. Bemerkenswert ist der sehr starke Rückgang der Tabakpflanzungen. Die neuen Setzlinge des Frühjahres sind zudem speziell in den höheren Lagen der Frühjahrskälte zum Opfer gefallen. Längs der ganzen Südküste haben in diesem Jahre die Tataren die alten Tabakfelder mit Getreide bestellt, so daß sich das ganze Landschaftsbild verändert hat. Der Viehstand hat sich merklich erholt. Hauptsächlich im Kleinviehbestand (Schafe). Auf den Märkten werden große Wollmengen angeboten. Das Weinjahr verspricht infolge der Wärme ein gutes zu werden, doch ist das bearbeitete Areal nur gering. In vielen Weingärten sieht man Getreide zwischen die Reben gesät. Die Bauernschaft wartet mit Spannung auf die diesjährige Veranlagung zur Naturalsteuer. Von dieser hängt es ab, ob sich die relativ günstige Ernte zu einer Hebung der wirtschaftlichen Lage wird auswirken können. Um so schärfer treten dafür jetzt die wirtschaftlichen Kampfbedürfnisse und der Warenhunger hervor, was eine ganz außerordentliche Steigerung der Preise für Stoff- und Kurzwaren, ferner Eisen-, Haus- und Küchengeräte zur Folge hatte. In den Städten der Südküste sind infolge der Überflutung mit kurbedürftigem Publikum die Preise der Lebenshaltung außerordentlich hoch. Der Pensionspreis beträgt durchschnittlich 6—8 Goldrubel pro Tag und soll in der Herbstsession auf das Doppelte steigen. Trotzdem hat die einheimische Bevölkerung keine wirtschaftlichen Vorteile von dem Fremdenzustrom, da eben der größtenteils staatlich bewirtschaftete Kurbetrieb keine eigentliche sogen. Fremdenindustrie aufkommen läßt.

Industrie.

⊙ **Polnische Neugründungen und Kapitalserhöhungen.** Von den wichtigsten Neugründungen von Aktiengesellschaften, die in den letzten Wochen wieder in außerordentlich großer Zahl errichtet worden sind, so daß die Regierung bereits Maßnahmen zur Einschränkung des Gründungsfiebers, ähnlich wie sie früher schon einmal bestanden haben, in Erwägung gezogen hat, seien die folgenden erwähnt: Die Gesellschaft Riva in Lemberg mit 400 Millionen, die Seifen und Parfümerien herstellt; die Internationale Tabakgesellschaft in Warschau mit einer Milliarde Mark, die den Handel mit Rohtabak im In- und Auslande zum Zwecke hat; die Akt.-Ges. für Hotel- und Pensionswesen „Bristol" in Warschau mit 2 Milliarden, an der ausländisches, darunter Schweizer Kapital, stark beteiligt ist; die Akt.-Ges. „Bronsilow" in Warschau mit 500 Millionen Mark, zur Ausbeutung von Wäldern und Finanzierung der Holzindustrie; die Manufaktur- und Seidenwaren-Akt.-Ges. Efraim & Co. in Warschau mit 400 Millionen Mark, die Włochowsker Lokomobil- und Dampfdreschmaschinen-Fabrik mit 400 Millionen Mark; eine neue Kohlenhandelsgesellschaft in Warschau mit einer Milliarde und endlich eine Akkumulatorenfabrik in Posen, welche die erste dieser Art in Polen sein wird; sowie die erste polnische Fabrik für Tonwaren in Warschau mit 200 Millionen Mark. Von bedeutenderen Kapitalserhöhungen seien erwähnt, die der Gesellschaft für Handel mit chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen „Chemophar" um 175 Millionen, der Lichte- und Wachsfabrik „Loria" um 700 Millionen und 1½ Milliarden der keramischen Werke in Grodzisk und der Zuckerfabrik „Szczycków" um je ½ Milliarde, der Kreditbank in Warschau von 2 auf 3 Milliarden Mark.

Von den Märkten.

Edelmetall. Warschau, 2. 10. 23. Gold 370, Silber 10.8, Platin 1600, Silberrubel 160. Wilna, 2. 10. 23. Gold 262 500. London, 1. 10. 23. Diskontsatz 3¼. Silber bar 32½. Neuyork, 1. 10. 23. Diskontsatz 5½. Silber (ausl.) 64½.

Metalle. Berlin, 2. 10. 23. Raff. Kupfer 110—115, Orig.-Hüttenweichblei 49—51, Hüttenrohzink in freiem Handel 61—63, Remelted 46—48, Orig.-Aluminium in Blocks 215—220, Hüttenzinn 370—380, Zinn (Banka, Straits, Austral.) 380—390, Reinnickel 220—250, Antimon Regulus 50—52, Silber in Barren 7500 bis 8000. London, 2. 10. 23. Standard-Kupfer 62.6.3, Elektrolit 76.15, Blei bar 27.10, Zink bar 33.7.6, Anitmon engl. 34.10, ausl. Antimon 35.9.7.

Getreide. Chicago, 1. 10. 23. Weizen 106.62, Mais 74.25, Hafer 43.50, Roggen 70.25. Hamburg, 1. 10. 23. Weizen 420—430, Roggen 400, Hafer 340—380, Wintergerste 380—430, Auslandsgerste 480—500, Mais 490, Reis ¹⁴/₆ sh.

Häute und Leder. Posen, 2. 10. 23. Rind gef. p. Pfd. 37, trocken 70, Kalb gef. p. Stck. 390, trocken 200, Hammel gef. p. Pfd. 35, trocken 50, gef. nakt. 35, trocken 22, Ziege trocken 350 p. Stück, gef. 200, Roß gef. 1100 p. Stck., Füllen gef. p. Stck. 400, trocken 400, Winterkatze 60, Zicklein 40, Reh 70, Winterhasen 60, Kaninchen 45, Lamm 20. Tendenz leicht gefestigt. Umsätze schwächer.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 3. 10. 23.** Die Tendenz für Devisen ist weiterhin steigend. Der Bedarf ist groß, der Geldverkehr ist gestiegen. Der Dollar notiert zu Beginn 398 000. Die Danziger Parität ist 600 000. Das engl. Pfd. erreicht den vorbörslichen Kurs von 1 809 000, ist dafür jedoch nicht zu erhalten. Die Effektenbörse ist am heutigen Tage geschlossen. Inoffiziell wurden die Werte mit ziemlichen Steigerungen gehandelt. Von den Staatspapieren erreichen die 4proz. Prämienanleihe 5500—5000, die 8proz. Goldanleihe 320 000. Nichtnotierte Effekten wurden gehandelt: Chybi 2450, Kujawy 22 500, Zbiersk 575, Zduny 17 750, Pruszków 75—80, Elektrow. na Sanie 21,5, Gazy Ziemne 8250, Kauczuk 87,5, Lechita 21, Lokomotywy 190, Jabłkowscy-Wilno 20, Nitrat 60, Opatówek 120—195, Machlejd 97,5, Hur. Opał. 10, P. Lloyd 50, Spław 50—55, Polprod 25.

≠ **Krakauer Börse vom 2. Oktober.** Die Tendenz für Aktien ist wieder erheblich fester geworden. Zum Teil sind sogar größere Aufbesserungen zu verzeichnen. Es notierten offizielle Werte: P. Bank Przemysłowy 130—135, Bank Małopolski 132—135, Tohan 120—132, Żegluga 26—27,5, Zieleniewski 2700—2850, Cegielski 175 bis 180, Pocisk 165—175, Trzebinia 220—235, Automotor 80—85, Pharma 155, Parowóz 130—140, Niemojowski 185—190, Górka 3100—3500, Tepege 840—890, Polska Nafta 130—150, Oikos 800 bis 850, Ćmielów 260—280, Chodorów 1175—1325, Siersza górn. 1650—1725, Pokucie 300—320. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Jaworzno 6800—7000, kleinere Stücke 7100 bis 7300, Gazy Ziemne 8350—8500, Chybi 2400—2500, Lokomotywy 180, Nitrat 65—70, Znicz 250. Nachbörslich wurden für Gazy Ziemne 8500 gezahlt.

≠ **Der Einlösungskurs** für den Złoty ist auf 51 800 Mkp. festgesetzt worden.

≠ **Der Dollar in Polen** errechnet aus der Danziger Parität 611 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 145 220 Mark polnisch.

Kurse der Posener Börse.

	4. Oktober	2. Oktober
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I. Em.	25 000—28 000	20 000—22 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em. (ohne Bezugsrecht)	45 000—47 500	45 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	23 000—28 000	22 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	6500	5800—6000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	3500
Bank Młynarzy	—,—	7000—9000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	50 000—52 000	35 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	20 000	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em.	20 000	—,—
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	140 000-150 000	100 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	25 000—29 000	19 000—21 000
Centrala Rolników I.—VI. Em.	6500—7000	5000—5500
Centrala Skór I.—V. Em.	60 000	33 000—31 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	1 350 000	—,—
Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz I.—II. Em.	10 000—12 000	—,—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	55 000—60 000	50 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em.	25 000	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em.	8000—9000	7000-8000-7750
Homosan I.—III. Em.	30 000	—,—
Hurtownia Skór I.—III. Em.	17 000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	120 000-150 000	100 000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	1 350 000	1 300 000-1 350 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	800 000-850 000 —,—	750 000—800 000 —750 000
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	120 000	—,—
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	35 000—37 000	30 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	50 000	40 000—45 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	13 750—15 000	13 500—14 000
Patria I.—VIII. Em.	20 000—22 000	17 000—19 000
Płótno I.—II. Em.	30 000	24 000—25 000
Pneumatik I.—III. Em.	7000	6000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	70 000	55 000—57 500 —55 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	50 000	—,—
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em.	20 000	—,—
Tkanina I.—IV. Em.	20 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	200 000	160 000-180 000 —170 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	—,—	6500-8000-7500
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em.	9 000	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie (o. Bezugsr.)	50000—55000	35 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	200 000	

Tendenz: steigend.

Danziger Frühkurse vom 4. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig 90 000
Der Dollar in Danzig 500 000 000

Warschauer Vorbörse vom 4. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau 0,001
Dollar 405 000
Englische Pfund in Warschau .. 1 865 000
Schweizer Franken in Warschau ... 73 100
Französischer Franken in Warschau . 24 500

Warschauer Börse vom 3. Oktober.

Devisen:

Belgien	20 850	Paris	24 400
Berlin	0.00125	Prag	12 280
London	1 840 000—1 860 000	Schweiz	73 000
Neuyork	410 000	Wien	5.78
Holland	167 500	Italien	18 800

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.